

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

216 (16.9.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgebolt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgebolt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8114.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Kuchluderei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redig., Legte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Nürnberg, 14. Sept.

(Nachmittags-Sitzung. — Schluss.)

In der Diskussion erhält zunächst das Wort **Leinert-Hannover:** Die teilweise vom Parteivorstand bezahlten Agitationskalender enthalten Schwindelinserate ausländischer Firmen, die ein öffentlicher Skandal sind. „Die Schlacht bei Sedan mit Kommandos und Hurrarufen“, Weihnachtsbäume und dergleichen werden angeboten. (Seiterkeit.) Die Parteipresse nimmt solche Schwindelinserate nicht auf. Die Kalender sollten, wie die Flugblätter, ohne Inserate erscheinen. Durch solche Schwindelinserate schaden wir unserer Kleinarbeit. Wir dürfen den geschäftlichen Standpunkt nicht so in den Vordergrund stellen.

Kühnis-Magdeburg: Auch manche Warenhausinserate in unseren Zeitungen grenzen nahe an Schwindel. Ganz entbehren können wir die Inserate nicht, aber die Herausgeber müssen sie mit Takt ausüben. Weiter möchte ich die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf das ungeschickte und provokatorische Vorgehen der Magdeburger Polizeibehörde gegen unsere Vereinsorganisation hinweisen. Unsere Reichstagsabgeordneten müssen dieses Vorgehen im Parlament zur Sprache bringen. Das neue Pressebüro, in dem man erst eine revisionistische Fäule befürchtete, ist nun eingerichtet und funktioniert recht gut. Aber es mühte seine Tätigkeit bald auf ausländische Nachrichten und die Parteitageberhandlungen ausdehnen.

Eisner-Nürnberg: Die Frage der Parteischule, in deren Diskussion ich wider Willen hineingezogen worden bin, scheint mir noch nicht reif. Aber sie wird bald reif werden und dann können wir sie ausgiebig diskutieren. Schon jetzt zeigt sich die hoch erfreuliche Tatsache, daß man nicht mehr Arbeiter aus dem Berufe herausreißt, sondern Parteifunktionäre ausbildet. Den Hauptnutzen kann die Parteischule haben, wenn einzelne Parteigenossen Ehrfurcht vor der Wissenschaft erlangen. Denn dann entwickelt sich bei ihnen die wünschenswerte geistige Bescheidenheit. Man kann nach sechs Monaten nicht den Parteischüler als Lehrer auf die Probe stellen lassen, der dort einen Kursus von 20 Stunden über „Werttheorie“ hält. (Seiterkeit.) Wenn auf der Parteischule solche Schnellreife erreicht werden soll, dann bedauere ich die Partei, die von solchen Lehrern unterrichtet wird. Das steht in dem ausgezeichneten Artikel des Genossen **Mahrenbrecher**, der Grundlage für jede Diskussion über Bildungsfragen werden sollte. (Lachen.) Lehrer erwachsen nur in einem Leben von Arbeit, Lehrer fallen nicht vom Baum, sondern müssen sich entwickeln. Die Massenbildung darf nicht bei den schwierigsten Problemen anfangen, sonst wird sie ein Lernen dialektischer Formeln, sondern muß sich einheitlich von unten aufbauen. Das wollte **Mahrenbrecher** Artikel sagen, der keine Verachtung, sondern eine Hochachtung der Theorie darstellt. Die Kenntnis der Theorie muß ruhen auf dem großen mächtigen Unterbau elementarer Kenntnisse. (Beifall und Zischen.)

Lehmann-Wiesbaden: Unsere Presse hat hoch erfreuliche Fortschritte gemacht. Auch unsere Feuilletonisten haben an diesem Aufschwung teilgenommen. Nur unsere Witzblätter sind nicht auf der Höhe. Die Parteipresse zitiert, was „Gottlieb“ im „Tag“ und der „Simplizissimus“ sagen, aber nicht der „Wahre Jakob“. Seine Karikaturen sind meist ganz unähnlich und im ganzen ist es mehr Familienblatt als Witzblatt. Da haben wir noch ein weites Feld. (Beifall.)

Stube-Hamburg begründet zunächst einen Antrag, nach dem auch die Zugehörigkeit zu lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteioptionen nicht anerkannt sind, mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar sein soll. Die Schwindelannoncen schaden auch nach der praktischen Erfahrung des Redners der Landagitation. Weiter bittet er, daß der Vorstand sich besser mit den örtlichen Organisationen in Verbindung setzt. Die Informationen z. B. über die Maifeierfrage kamen viel zu spät. In so weitgehenden Fragen sollte der Parteivorstand vorher Konferenzen der Agitationsleiter einberufen. Dann würden die Beschlüsse auch von den örtlichen Organisationen viel besser verstanden und williger angenommen werden.

Rosa Luxemburg-Berlin: Ich will nicht die Kritik der Parteischule abwehren, sondern den Mangel ernster, sorgfältiger Kritik bedauern. Die Parteischule ist ein neues, sehr wichtiges Institut des Parteilebens, das ist erste, tiefgehende Kritik unerlässlich. Ich habe der Parteischule bei ihrer Gründung mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden, teils aus angeborenem Konserwativismus (Gr. Seiterkeit), teils, wie ich im stillen Kämmerlein meines Herzens dachte, die Sozialdemokratie müsse mehr für Massenbildung sorgen. Eine halbjährige Tätigkeit an der Parteischule hat meine Zweifel an der Parteischule meist behoben. Wir haben in der Parteischule — das habe ich im persönlichen Kontakt mit den Parteischülern gelernt — ein neues Institut geschaffen, das wir in seiner Wirkung noch nicht übersehen können, das aber groß und gut ist und in der Zukunft der Partei noch viel Segen und Nutzen bringen wird. (Sehr gut!) Eine größere Eliteauswahl der Parteischüler

möchte ich mir gar nicht wünschen; unsere Schüler stehen auf einem außerordentlich hohen intellektuellen Niveau. Aber im Lehrplan fehlt mir die Geschichte des internationalen Sozialismus. (Eisner: Sehr gut!) Sie könnte die deutsche Sozialdemokratie über die Enge ihrer Anschauungen hinausführen. (Sehr gut!) Auch bei den Wanderkursen wird die Nationalökonomie viel zu viel gepflegt. (Eisner: Sehr gut!), auch da fehlt die Geschichte des internationalen Sozialismus. Bedauern muß ich auch, daß die Parteigenossen den Parteischülern nachher oft nicht den nötigen Wirkungskreis geben. (Sehr gut!) Allerdings sollte man auch nicht zu viel von ihnen verlangen. Sagen wir ihnen doch immer, daß wir ihnen nur die Grundlage geben können und daß sie ihr ganzes Leben weiterlernen müssen. (Eisner: Sehr gut!) Das wären Gesichtspunkte ernster Kritik. Über eine Karikatur solcher Kritik war die des Genossen **Eisner**. (Beifall.) Er hat eine so große Achtung vor der Wissenschaft, daß ich an das Schicksal des armen Klopstock zu Befängnis Zeiten denken mußte:

„Wer wird nicht einen Klopstock loben,
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir möchten weniger erheben
Und etwas mehr gelesen sein.“

(Gr. Seiterkeit.) Ein Beweis für die Leichtfertigkeit **Eisners** ist, daß er uns das strahlende Beispiel . . . **Mahrenbrecher** entgegenstellt. (Sehr wahr!) **Mahrenbrecher**, der Lehrer für Nordbairern, sagt in der „Frankischen Tagespost“: Wir treiben zu viel Theorie. „Was muß die Masse von Werttheorie und historischem Materialismus wissen? Der Lehrer muß das wissen.“ Um es in der Tasche zu behalten! (Eisner ruft: Das steht nicht darin! Das sehen Sie hinzu!) Natürlich setzte ich das hinzu. (Seiterkeit.) Aber das sagt **Mahrenbrecher**: All das hat für die Massenbildung keinen Wert, kann höchstens schaden. Der historische Materialismus macht indolent. (Hört, hört!) Das sagt man nach 40 Jahren glänzender Entfaltung des Klassenkampfes, nachdem diese Lehre der kühnsten Tat des Jahrhunderts, der russischen Revolution, vorangeleuchtet hat. **Eisner** und **Mahrenbrecher** urteilen nach sich selbst. So wirkt eben auf sie die materialistische Gesichtsauffassung. Den Stoff nimmt aber das Proletariat aus dem täglichen Leben, kennt ihn besser als **Eisner** und **Mahrenbrecher**. (Sehr gut!) Sie braucht nur die Theorie, um den Stoff zu beherrschen, und damit die tobirgende Waffe gegen den Kapitalismus zu schmieden. Wenn irgend etwas das Rettende und Schöpfende der marxistischen Theorie zeigen könnte, so diese Debatte und die Aufregungen in Nürnberg. (Stürm. langanhalt. Beifall.)

Krauer-Sonneberg: Gerade wir einfachen Leute mit bloßer Volksschulbildung haben die Gründung der Parteischule begrüßt. Für dringend notwendig halte ich eine sorgfältige Kontrolle der Parteigenossen. Sie verschlingen teilweise große Summen. Schwindelinserate nehmen wir in unsere Kalender nicht auf. Daher war **Leinerts** öffentliche Kritik überflüssig.

Wels-Berlin: Auch der „Wahre Jakob“ hat nicht einwandfreie Inserate, z. B. „Neber Kavaler trägt diese Partbinde“, „Sommerproffen beseitigt“, „Magerkeit mit schönen vollen Körperformen“ usw. (Gr. Seiterkeit.) Man braucht also nicht besonders uns anzugreifen. Wir weisen schon ohnedies 2/3 der uns eingesandten Inserate zurück. Ganz entbehren können wir sie aus materiellen Gründen nicht. — Sehr befriedigt bin ich von der einstimmigen Verurteilung der Lokalisten. Wiesensthal hätten vierzig Jahre nicht erst eine Gnadenfrist geben sollen. Dann wäre jetzt die Schweinerei (Seiterkeit), der Streibbruch in Berlin nicht vorgekommen. Wir in Berlin kennen jetzt keinen Allgemeinen Metallarbeiterverband mehr, sondern nur noch eine Streibbrecheragentur **Lebins**, **Wiesensthal** u. Co. (Beif.)

Vorsitzender Singer: Die Akten in Sachen des Ausschlußverfahrens gegen **Wiesensthal**, die voriges Jahr zurückgestellt worden sind, werden zur endgültigen Erledigung der Beschwerdekommission überwiesen werden.

Mag Grünwald-Mühlhausen (Hür.): Für ethisch-ästhetische Literaten bürgerlicher Tendenz mag ja die Werttheorie sehr schwer zu begreifen sein, aber die Arbeiter spüren die Praxis der Werttheorie am eigenen Leibe. (Sehr gut!) Aber **Mahrenbrecher** hat nicht nur in der „Frankischen Tagespost“ geschrieben, die ja doch noch ein Parteiorgan ist, sondern er hat sich auch in der „Hilfe“ Raumans geäußert, daß die Verwicklung der sozialistischen Produktion sei die notwendige Folge der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Ein Mann, der so wenig wie **Mahrenbrecher** vom Marxismus verstanden hat, ist der denkbar ungeeignetste Lehrer des Proletariats.

Berten-Düsseldorf: Die Kritik der Parteischule geht im bürgerlichen Geleise. Ich finde es sehr natürlich, daß selbst gelehrte Professoren aus der Bourgeoisie die Werttheorie schwer begreifen als einfache Arbeiter, die die Grundlagen im Leben finden. Wenn darüber geklagt wird, daß die Parteigenossen, die in der Parteischule waren, nicht genügend Karriere machen, so verweise ich auf die Vorgänge in Hof, wo man einem sehr begabten Parteischüler einen Mann als Redakteur vordruckte, der noch 14 Tage vorher nationalliberal gewesen war. (Zurufe: Hört, hört!) Auf: Dafür ist der jetzt schon gegen die Budgetbewilligung! Ich stelle den Antrag, der Parteitag möge mit

Befriedigung von der bisherigen Tätigkeit der Parteischule Kenntnis nehmen und den Vorstand auffordern, für eine sachgemäße Erweiterung Sorge zu tragen. (Beifall.)

Wid-Bremen: Die Kritik an der Parteischule erstreckt sich ihre Verbesserung, sondern ihre Beseitigung. Die Kritik geht von denselben Leuten aus, die uns von dem geraden Weg zur Eroberung der politischen Macht ablenken wollen. Der Ausdruck „Elitebildung“ ist natürlich nur demagogisch, darauf berechnet, die Massen gegen die Parteischule aufzuheizen. Auch die Unterstellung ist demagogisch, daß die Parteischüler sich nicht schon vorher mit diesen Problemen beschäftigt hätten. Aber das Ziel dieser kritizierenden Genossen geht eben darauf hinaus, die Arbeiter wieder zu einer willenlosen Herde zu machen. Nun, wenn wir ihnen in unserer Selbständigkeit nicht passen, mögen sie doch dahin gehen, wo sie hergekommen sind. (Teilweiser Beifall.)

Eisner-Nürnberg: „Der Arbeiter, wenn er Literat wird, stiftet stets Unheil und ist stets bereit, sich Wirrköpfen anzuschließen.“ Das hat nicht **Mahrenbrecher** geschrieben, sondern **Karl Marx**. Der Satz scheint mir übertrieben, aber er zeigt, daß das Problem gar nicht das ist, ob der Arbeiter leichter Verständnis gewinnt für den historischen Materialismus, als der Akademiker **Karl Marx**. Wir haben uns vielmehr dagegen gewandt, daß halb durchgebildete Genossen sich anmaßen, als Lehrer aufzutreten. Die Parteischule und ihr Besuch an sich können gewiß nicht schaden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Nürnberger Genossen mich ein halbjahr beurlauben würden, um zu den Füßen der Genossin **Luzemburg** zu sitzen. (Hitt.) Uebrigens hat die Gen. **Luzemburg** im ersten Teile ihres Vortrages genau daselbe gesagt, was ich in der Kritik der Parteischule behauptet habe. Erst nachher fiel ihr ein, daß sie gegen mich polemisieren mußte. Wir in Nürnberg haben jedenfalls den ersten Versuch zu systematischer einheitlicher Verbreitung von Bildung in unserem Bezirk gemacht. Die Masse hat einen rührenden Bildungshunger, aber sie scheitert am Fehlen der einfachsten Worte und Begriffe. Wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht das Problem der Massenbildung zu lösen suchen. Unwahr aber ist, daß wir eine Herde wollen. Im Gegenteil, alles was wir erstreben, ist, Menschen mit selbständigen Gedanken, Handeln und Wollen zu erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Vogt-Merxberg berichtet über die Schwierigkeiten und Kämpfe mit den Lokalisten in Halle.

Leinert-Hannover verteidigt nochmals seine Anregung, die Anzeigen aus den Agitationskalendern fortzulassen.

Kara Jettin-Stuttgart: Die Anregung der Genossin **Rosa Luxemburg** hat volle Berechtigung. Sobald der Bildungsbauschuß die nötigen Kräfte gefunden hat, wird er auch die Geschichte des Sozialismus besser pflegen. Gen. **Eisner** hat den Ruf ausgehoben: Zurück auf die Methode theoretischer Bildung, die wir in den Anfängen der Bewegung vor 40 Jahren hatten. Aber 40 Jahre theoretischer Entwicklung der Partei kann er nicht auslösen. Heute lebt die Arbeiterschaft in einer ganz anderen geistigen und sittlichen Atmosphäre (Sehr wahr!), heute hat sie eine ganz andere psychologische Disposition als damals, wo sie sich erst von der bürgerlichen Ideologie löstrennte. Der Proletarier kann nur arbeitend wirken, er muß lehrend lernen, das gilt auch für die Parteischüler. (Sehr wahr!) Ich glaubte zu träumen, als ich hörte, daß Genosse **Mahrenbrecher** einen Artikel in der „Hilfe“ geschrieben hätte. Seit wann ist denn der Dresdener Beschluß außer Kraft gesetzt, daß in gegnerischen Blättern nicht Lebensinteressen der Partei erstört werden sollen. (Sehr gut!) Oder gelten die Parteitagebeschlüsse für den Genossen **Mahrenbrecher** nicht? Ich finde es ja menschlich begreiflich, daß er in der „Hilfe“ schreibt, denn alte Liebe rostet nicht. Gibt es eine ungeeignete Tribüne zur „Vertretung unserer Grundsätze“, als die Zeitung, die systematisch und planmäßig darauf ausgeht, uns auseinander zu loben, aneinanderzuschimpfen und auseinanderzubehnen? (Sehr richtig!) **Mahrenbrecher** Theorie bedeutet die Aufgabe des das notwendige Resultat der eigengeschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft ist. Damit wird der Sozialismus zurückgeführt hinter die Utopisten, wird aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis in eine pfäffische Glaubensformel verwandelt. Wer selbst so verubiert und unklar ist, kann der Sozialdemokratie keinen Rat geben. (Lebh. Zustimmung.) **Mahrenbrecher** Anschauungen sind ein Faustschlag gegen die wissenschaftliche Erkenntnis der deutschen Sozialdemokratie, deren sie sich stolz rühmt. Solche Leute sollten sich ins stille Kämmerlein setzen und still und bescheiden sich zur Erkenntnis der sozialdemokratischen Theorie durchmauern, ehe sie daran gehen, die sozialdemokratische Auffassung zu revidieren. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Lenz-Weipzig: Der Witz des Genossen **Müller** hat mit so niedergeschmetter, daß ich ihn gefragt habe, ob er vielleicht die Kollektivarbeit des Parteivorstandes sei. Er hat ihn aber ganz allein eronnen. Wir haben also in **Müller** eine strahlende Geistesgabe im Parteivorstand gewonnen. Weiße Kreise der Partei sind der Ueberzeugung, daß, wenn statt der radikalen Revisionisten an der Parteischule tätig waren, Nürnberg die Schule nicht angegriffe. (Sehr richtig!) **Eisners** Kritik ist so allgemein, daß man darauf kaum etwas Sagbares erwidern kann. **Mahrenbrecher** Meinung nach kann den histori-

sehen Materialismus nur lehren, wer Thomas von Aquino, den verkauften katholischen Heiligen, gelesen hat. (Heiterkeit.) Er selbst war bei seiner Hohenzollernlegende nicht so sorgfältig. (Sehr wahr!) Maurenbrecher will nach Naumanns Mahnung bei um im Sinne der Nationalsozialen wirken. Die reaktionären Anschauungen, derentwegen Prof. Sohn die Nationalsozialen, Zukunftsstaates, das Verlassen der Auffassung, daß er sozialer verleiht, hat er jetzt neu aufgewärmt. Er will als alter Theologe das Kamel des Glaubens durch das Nadelöhr der Vernunft treiben, und an dieser Schwierigkeit leidet er immer noch. (Heiterkeit und Weisfall.)

2. Verhandlungstag. (Vormittagsitzung.)

Nürnberg, 15. Sept.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen wieder kurz nach 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind zahlreich eingegangen, darunter auch von Zahlstellen der Gewerkschaften. Genosse Maurenbrecher hat eine längere Erklärung zu Protokoll gegeben, in der er bedauert, daß er nicht in die gestrige Debatte hat eingreifen können, weil er nicht Mitglied des Parteitag ist. Sein Artikel in der „Hilfe“ sei eine rein wissenschaftliche Arbeit, deren Veröffentlichung auch in „bürgerlichen“ Blättern nicht verboten sei. Grundwahr habe den Artikel nicht so zitiert, daß sein Sinn hätte verstanden werden können.

Hierauf wird die Diskussion über den Vorstandsbericht beim Punkt **Frauenbewegung** fortgesetzt.

v. Elm-Hamburg begründet seinen Gegenantrag zur Vorstandsresolution über Frauenorganisation. Sie lautet:

„Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen können jedoch besondere Vereinigungen, zur Erörterung der Frauen hauptsächlich interessierenden Fragen Frauenversammlungen veranstaltet werden.“

Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen.

Zu der Leitung der Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, die Genossinnen heranzuziehen, ebenfalls zur Leitung der Gesamtpartei.

Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltung liegt es ob, die notwendige Agitation im weiblichen Proletariat im Einzelnen und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen und Genossinnen zu treiben.“

Begründend führt v. Elm aus, daß der Antrag des Vorstandes zu kategorisch sei. Seine Gegenresolution sei besser den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Die Männer seien ja viel älter in der Partei, besondere Veranstaltungen für die Frauen seien also nötig, aber besondere Bildungsvereine seien nicht mehr notwendig. Auch das unbedingte Recht der Frauen auf Entsendung einer Delegierten zum Parteitag sei nicht anzuerkennen. Der Parteitag sei nicht da, um Genossinnen auszubilden, sondern um die selbständig denkenden Vertreter des Proletariats zu wichtigen Entscheidungen zusammenzubringen. Gleichberechtigung, aber keine Vorrechte für die Frauen. Der Parteivorstand ist den Frauen ganz entgegengesonnen. Auch die Forderung sei unannehmbar, daß die Männer ihre Frauen der Organisation zuführen sollten. Das sei ja eine Nichtachtung der Frauen, als ob sie nur von ihrem Mann kommandiert werden. (Heiterkeit.)

Lipinski-Weipzig: Ich bin prinzipiell mit Elm einverstanden, praktisch werde ich aber dem Vorstandsantrag zustimmen.

weil er den Uebergang zum neuen Organisationszustand vermittelt. Nur die Bestimmung ist unannehmbar, daß unter allen Umständen weibliche Mitglieder in den Vorstand aufgenommen werden müssen. Das ist in den großen Landkreisen einfach unmöglich.

Ruise Zies-Hamburg: Ich wundere mich, daß Gen. v. Elm, der an allen Vorbereitungen teilgenommen hat, plötzlich einen ganz neuen Organisationsentwurf vorlegt. Auch der Widerspruch gegen das weibliche Vorstandsmitglied ist mir unverständlich. Sie ist nichts weiter als die Fortsetzung der bisherigen weiblichen Vertrauensperson, deren Wahl auch obligatorisch vorgeschrieben war. Organisationsvorschriften müssen eben zwingend sein. Das weibliche Vorstandsmitglied solle keine Ehrenposten haben, sondern eine ernste Arbeitspflicht. Sie muß in erster Linie die Agitation unter den Frauen leiten, die praktisch angefaßt werden muß bei den Interessierten der Frau als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau. Vielleicht hat nur Gen. v. Elm mit den Frauen zu schlechte Erfahrungen gemacht. (Große Heiterkeit.) Die Verpflichtung der Genossinnen, ihre Familienangehörigen den Gewerkschaften zuzuführen, hat auf dem Gewerkschafts-Kongress Elm nicht beanstandet. Er weiß genau, was wir meinen: Die Männer sollen nicht so maukfaul sein, (Heiterkeit), sondern etwas für die Aufklärung der Frauen tun auch innerhalb der Familie. (Lebhafte Weisfall.)

Haffmann-Hamburg: Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin v. Ruise (Heiterkeit) bitte ich Sie, den Antrag Elm anzunehmen. Die Frauen müssen sich jetzt einfach in den Rahmen der Parteiorganisation einfügen.

Haberland-Barmen: Ich bin im Gegensatz zu Elm entschieden dafür, die Frauen soviel wie möglich zur inneren Organisation hinzuzuziehen. Die Argumente gegen die weiblichen Vorstandsmitglieder scheinen mir doch von der Anschauung ausgehen, daß der Mann an sich klüger ist. Nur die Fortexistenz der besonderen Bildungsvereine hielt ich nicht für notwendig.

Lipinski-Weipzig: Die Resolution des Parteivorstandes ist nur auf Preußen berechnet, bei uns in Sachsen sind die gemeinsamen Organisationen längst Tatsache. Deshalb paßt diese Uebergangsresolution für uns nicht. Meiner Meinung nach genügt es auch, wenn ein weibliches Mitglied dem Parteivorstand angehört.

Siebert-Altona: Was in Hamburg und Weipzig schon durchgeführt ist, warum will man das durchaus nicht auf ganz Deutschland ausdehnen?

Frau Wadwig-Dresden: Besondere Diskussionsabende und Frauenkonferenzen haben für die Genossinnen einen außerordentlich hohen Wert. Aber im übrigen sind die Differenzen sachlich nicht so groß und ich halte eine einheitliche Resolution wohl für möglich.

v. Elm-Hamburg: Der Vorschlag, daß überall Frauen in die Vorstände gewählt werden müssen, ist praktisch unmöglich. Mein Antrag gibt den Frauen sachlich alles, was sie verlangen, nur in gemildeter Form. Mein Wahlkreis hat relativ den höchsten Prozentfuß organisierter Frauen in ganz Deutschland. Also werde ich doch die Frauenorganisation nicht hemmen wollen. Auf der Frauenkonferenz hat man gesagt: „Wir Frauen sind die geborenen Terroristen.“ Wir scheinen, jetzt wollen sie den Parteitag terrorisieren. Wir haben allen Grund uns gegen die Herrschaft des Pantoffels zu sträuben. (Große Heiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Vorf. Singer teilt einen Protest Clara Zeilins und Grundwalds gegen die Erklärung Maurenbrechers mit. Der Artikel sei durchaus richtig zitiert worden, und die „Hilfe“ falle ohne weiteres unter die Dresdener Resolution.

Das Schlußwort erhält Parteisekretär Müller: Ueber die Inseraten in den Partei-Agitationskalendern korrespondieren wir mit den Parteigenossen schon seit langer Zeit. Möglichst viel sollen sie jedenfalls weglassen. Eine Ausdehnung der Tätigkeit des Preßbüros ist erst nach der ersten Verteilung der Kosten möglich. Den bestehenden Korrespondenzbüros soll eine Konkurrenz möglichst nicht gemacht werden. Das Programm der Parteischule auf die Geschichte der Sozialdemokratie auszudehnen, halte auch ich für notwendig. Daß der Lehrstoff zu hoch ist, oder die Parteiführer hochmütig werden, kann ich nicht zugeben. Der

Parteivorstand wird der Parteischule auch in Zukunft sein regstes Interesse zuwenden. Gegen beratende Konferenzen mit den Parteisekretären haben wir nicht das mindeste eingewunden. Wir werden alles tun, um eine recht enge Fühlung mit den provinziellen und lokalen Organisationen herbeizuführen. In der Debatte über die Frauenorganisation ist viel zu wenig beachtet worden, daß es sich nur um Uebergangsvorschriften für ein Jahr handelt. In Konsequenz der ganzen zukünftigen Organisation wird das Delegationsrecht der Frauen besonders natürlich geändert werden. Aber die Debatte mit den feinen Unterscheidungen zwischen Muß, Kann und Sollvorschriften machte mich schon schaudern vor den juristischen Parteidiskussionen des nächsten Jahres bei Revision des Gesamtstatuts. Daß die Vertreterin der Frauen zum Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird, habe ich schon ausdrücklich festgestellt. Eine besondere Verpflichtung der Genossinnen, ihre Frauen aufzuklären, brauchen wir nicht auszusprechen: Das versteht sich von selbst. Denn wir haben alles zu tun, um eine große einheitliche deutsche Sozialdemokratie zu schaffen. (Weisfall.)

Parteisekretär Ebert: Wir haben unsere Resolution absichtlich auf die freie Vereinigung der Gewerkschaften beschränkt. Wir sind aber damit einverstanden, daß sie auf alle Neugründungen und alle lokalen Gewerkschaften ausgedehnt wird, die sich dem Essener Beschluß nicht fügen. Nur der Solinger Industrieverband bleibt vorläufig ausgenommen.

Sekretär des Bildungsausschusses Heinrich Schulz: Eine Erweiterung des Schulplanes der Parteischule auf die Geschichte des Sozialismus erscheint auch uns erwünscht. Aber bisher wuchs uns kein Kornfeld in der flachen Hand. Was da die Genossin Buzemburg verlangt hat, ist etwas ganz anderes als der Geschichtsunterricht Maurenbrechers, der die Biographien Bismarcks, Napoleons und Friedrich des Großen bringt und dadurch nur zur Heroenverehrung führt. Die Parteischule hat ihre Schüler nicht arrogant gemacht, sondern zur richtigen Bescheidenheit erzogen.

Die beiden Parteiführer, die hier gesprochen haben, haben ihre gute Sache nicht unbescheiden, sondern lediglich temperamentvoll und unverblümt verfochten. (Singer ruft: Unbescheiden!) Das zeigt nur, daß wir uns überhaupt nur noch schwer verständigen. Ihre Anschauungen energisch zu verfechten, ist das Recht auch der Parteigenossen, die die Parteischule besucht haben. Nicht durch Bildung zur Freiheit, sondern durch die Volksbefreiung zur wahren Volksbildung. (Lebhafte Weisfall.)

Parteisekretär Gerlach: Ich betone nochmals die Notwendigkeit, den vollen Prozentfuß an die Partei abzuführen, und nicht irgendwelche Lokalaufschläge von vornherein abzuziehen. Der „Wahre Jacob“ sei allerdings verbesserungsbedürftig. Aber Wiße ließen sich leider nicht durch Resolutionen herbeizubringen. Wenn Gen. Lehmann einmal recht gute Einfälle habe, so möge er sie nur an den „Wahren Jacob“ einfinden. (Heiterkeit.) Die Parteiführer, die Zuschüsse vom Parteivorstand forderten und erhielten, würden auf sorgfältigste Kontrollen.

In der Abstimmung wird zunächst dem Vorstände Decharge erteilt.

Der Antrag Bid: „Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Parteivorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, die Parteischule in der bisherigen Richtung weiter auszubauen“, wird mit Mehrheit angenommen.

Die Resolution des Vorstandes betr. die Nichtzugehörigkeit der Lokalisten (Freie Vereinigung und Wiesenthaler) wird mit dem Zusatzantrag Stöbe, der sie ausdehnt auf die nicht anerkannten Lokalorganisationen, gleichfalls angenommen. Auch der Vorstandsentswurf betr. die Frauenorganisation findet unter Ablehnung der Anträge Elm und Lipinski Annahme. Dazu wird auch ein Antrag der Frauenkonferenz in folgender Form angenommen:

„Nachdem die gefestigten Schranken gefallen sind, die bisher in den einzelnen Bundesstaaten die Frauen hinderten, den politischen Organisationen beizutreten, wir des den Parteigenossen zur Aufgabe gemacht, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden.“

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung (außer der Jugendorganisation) erledigt.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Gehl.

(Nachdruck verb.)

67)

(Fortsetzung.)

„Und was habe ich dem Popen gesagt?“ fuhr Njbin ruhiger fort. „Nach der Gemeindeversammlung steht er mit Bauern auf der Straße und erzählt ihnen, die Menschen seien eine Herde, die immer einen Hirten nötig hätte. . . ja. Da machte ich einen Scherz. Wenn man im Walde den Fuchs zum Anführer wählt, dann gibt es wohl viele Federn, aber keine Vögel! Er schielte nach mir hin und sagte, das Volk müsse Geduld haben und mehr zu Gott beten, damit Er ihm Kraft zum Ausharren gebe. Ich aber sagte, das Volk bete wohl viel, aber Gott hätte augenscheinlich keine Zeit, denn Er höre nicht. Ja. Da fuhr er auf mich los: Welches Gebet ich denn bete. Ich sage — nur ein einziges, wie das ganze Volk: Gergott, lehre mich für die Herren Ziegel schleppen, Steine fressen und Balken spunden! Da ließ er mich nicht zu Ende reden. . . Seid Ihr — eine Gnädige?“ brach Njbin plötzlich seine Erzählung ab und wandte sich an Sophie.

„Warum soll ich eine Gnädige sein?“ fragte sie ihn schnell und fuhr vor Schreck zusammen.

„Warum!“ lachte Njbin bitter. „Das ist das Schicksal, mit dem Ihr geboren seid. Ja. Glaubt Ihr, man kann mit einem Kattunstück seine feine Herkunft verbergen? Wir erkennen den Wolf auch im Schafsfleide. Ihr seid vorhin mit dem Ellbogen auf dem Tisch in das Kasse geraten — da habt Ihr gezuckt und ein Gesicht geschmitten. . . Euer Rücken ist auch viel zu gerade für einen Menschen, der arbeitet.“

Die Mutter fürchtete, er würde Sophie in seiner groben Art beleidigen. So sagte sie dem schnell und streng:

„Sie ist meine Freundin, Michailo Iwanowitsch, sie ist ein gutes Menschenkind. . . und hat bei unserer Arbeit ihr graues Haar bekommen. . . Nach es nicht zu schlimm. . .“

Njbin seufzte schwer.

„Sage ich denn etwas, was sie kränkt?“

Sophie blühte ihn an und fragte trocken:

„Wollten Sie mir etwas sagen?“

„Ich? . . . Ja! Hier ist kürzlich ein Mensch aufgetaucht, Jakobs Vetter, der ist krank, hat Schwindelsucht, hat aber etwas los! Sollen wir den herufen?“

„Warum nicht, tun Sie es nur!“ erwiderte Sophie.

Njbin sagte gedämpft:

„Jesum, du sollst zu ihm gehen. . . sag, daß er heute Nacht erscheint. . .“

Jesum ging in die Hütte, setzte seine Mütze auf und verschwand schweigend, ohne jemanden anzublicken, im Walde. Njbin nickte ihm nach und erzählte dumpf:

„Der quält sich, läßt aber nicht locker. . . Er muß Soldat werden. . . er und Jakob. . . Jakob sagt einfach, ich kann nicht, aber der andere kann auch nicht und will doch gehen. Er hat einen Plan. . . er glaubt, man kann die Soldaten aufwiegen. . . Ich meine, man rennt nicht mit dem Kopf durch die Wand. . . Es man sich's versteht, hat man das Bajonett in der Hand und geht los. Wohin? Niemand sieht, daß es gegen die Brüder geht. Ja. . . der Junge quält sich! Dabei macht ihm noch Ignaz unruhig das Herz schwer.“

„Ganz und gar nicht unruhig!“ sagte Ignaz finster, ohne Njbin anzublicken. „Die werden ihn dort schon vornehmen und er wird gerade so gut wie die anderen feuern. . .“

„Nein, woßl kaum!“ erwiderte Njbin nachdenklich. „Aber besser ist es natürlich, dabonzulaufen. . . Rußland ist groß — wo soll man da jemanden finden? Man verschafft sich einen Paß und geht in die weite Welt. . .“

„Das tue ich!“ rief Ignaz, sich mit einem Span aufs Bein schlagend. . . „Wenn schon einmal beschloffen ist, loszugehen — dann fage ich: Immer gerade aus, um so eher kommt man hin. . .“

Die Unterhaltung stockte. Wienen und Wespen kreisten geschäftig umher und vertieften die Stille noch durch ihr Summen. Die Vögel zwitscherten und irgendwo in der Ferne klang ein Lied, das über die Felder dahinjirrte. Nach kurzem Schweigen sagte Njbin:

„Nun, wir müssen arbeiten. . . Ihr ruht Euch vielleicht aus? Da in der Hütte steht eine Britsche. Schütt' trocken's Laub hin, Jakob. . . Und du, Mutter, gib die Bücher her. Wo sind sie?“

Die Mutter und Sophie schnürten ihre Rucksäcke auf. Njbin beugte sich über sie und sagte zufrieden:

„Sieh. Das langt. . . Keine Sachen! Seid Ihr schon lange dabei. . . Wie heißt Ihr denn?“ wandte er sich an Sophie.

„Anna Iwanowna!“ antwortete sie. „Zwölf Jahre bin ich dabei. . . aber was soll das?“

„Nichts. Waret wohl im Gefängnis?“

„Ja.“

„Siehst du?“ sagte die Mutter halb laut und vorwurfsvoll.

„Und du hast so grob mit ihr gesprochen. . .“

Er schwieg einen Augenblick, nahm einen Haufen Bücher in die Hand und meinte dann geizig:

„Seid mit nicht böse! Herr und Bauer, das verträgt sich wie Pech und Schwefel, kommt nicht zusammen. . . Springt davon!“

„Ich bin keine Herrin, sondern nur ein Mensch!“ erwiderte Sophie.

„Das kann sein! Die Hunde sollen früher auch Wölfe gewesen sein. . . Aber jetzt will ich das da erst einmal verstehen. . .“

Ignaz und Jakob traten an ihn heran und streckten beide die Hände aus.

„Gib uns auch etwas!“ bat Ignaz.

„Sind alle Schriften gleich?“ fragte Njbin Sophie.

„Nein, es sind verschiedene. Da ist auch eine Zeitung.“

„Oh!“

Alle drei traten schnell in die Hütte.

„Der Bauer ist Feuer und Flamme!“ sagte die Mutter nachdenklich.

„Ja.“ erwiderte Sophie leise. „Ich habe noch nie ein solches Gesicht gesehen. . . Wie ein Märtyrer! Gehen wir auch hinein, ich möchte zusehen. . .“

„Seien Sie ihm nicht böse, weil er so strenge ist. . .“ bat die Mutter leise.

„Was sind Sie für eine prächtige Frau, Nilowna. . .“

Als sie in die Hütte traten, erhob Ignaz den Kopf, blühte flüchtig nach ihnen hin, versenkte die Finger in sein Lockenhaar und heugte sich über die auf seinen Knien liegende Zeitung. Njbin stand da, griff auf dem Papier nach einem Sonnenstrahl, der durch eine Lücke in die Hütte drang und las, die Lippen bewegend. Jakob lag auf den Knien, lehnte mit der Brust gegen den Rand der Britsche und las ebenfalls. (Fortf. folgt.)

Es folgt der

Parlamentarische Bericht.

Die Frage der Budgetbewilligung wird gesondert behandelt. Den parlamentarischen Bericht erstattet Abg. Emil Eichhorn: Eine Kritik an der Richtigkeit der Reichstagsfraktion ist mir nicht zu Gesicht gekommen, abgesehen von der Kritik des Genossen Eisner. Ich kann mich daher im Hinblick auf den ausführlichen schriftlichen Bericht kurz fassen. Die parlamentarische Situation ist unverändert. Der Block besteht weiter und macht seine forumpierende Wirkung immer schärfer offenbar. Die Fortführung der Blockpolitik ist nur möglich gewesen auf Kosten des Liberalismus, des bürgerlichen Oppositionspolitiks. Die Szenen, die wir mit den Liberalen im Reichstage erlebt haben, erregten geradezu oft pöblichen Ekel und man mußte sich oft fragen, ob es möglich sei, mit Leuten, die derartig sich politisch wegwerfen, noch persönliche Beziehungen zu unterhalten. Da war keine Spur von Grundrissen mehr, keine Spur von Selbstachtung, nur die Angst um die Erhaltung des Blocks. Ich erinnere nur an die lächerliche Versöhnungskomödie vom Dezember vorigen Jahres. Die Freisinnigen werden noch weiter gehen und auch die neuen indirekten Steuern bewilligen. Nur das Gnadenrecht der Scheinmitwirkung an der Regierungsmehrheit — das werden sie nicht aufgeben. Diese Verlotterung des Liberalismus ist ein warnendes Exempel für die, die durch diplomatisches Verhalten und staatsmännische Schwächlinge vorwärts kommen wollen. Wir können nicht durch diplomatische Sirenenfänge die Regierung und die Gegner überlisten, sondern müssen ihnen die Konzeptionen abtragen. Die Fraktion glaubt in den schwierigen Verhältnissen ihre volle Schuldigkeit getan zu haben. Eisner hat Unrecht, wenn er behauptet, daß wir nicht scharf genug gegen das Vereinsgesetz vorgegangen wären. Die Obstruktion haben wir allerdings nicht für zweckmäßig gehalten. Wir sind auch während der Parliamentskession ständig in enger Beziehung mit dem Volke und unseren Wählern geblieben. (Bravo!)

In der Diskussion begründet Witte-Berlin einen Antrag von Berlin II, daß die Fraktion im Reichstage erneut gegen die Konkurrenz der Militärmusiker gegen die Zivilmusiker vorgehen möge.

Rogel-Fürth empfiehlt einen Antrag Nothenburg a. d. T. der von der Fraktion die Einbringung eines Antrages im Reichstage wünscht, der eine anderweitige Anordnung über die Regelung des Ortsüblichen Tagelohns bringt. Dieser werde jetzt zum Schaden der Arbeiter viel zu niedrig und nicht entsprechend den verteuerten Lebensbedingungen festgesetzt.

Gräfen-Elbing begründet einen Antrag seines Wahlkreises, die Reichstagsfraktion möge energisch auf die Einführung der Krankenversicherung der Landarbeiter hinwirken.

Mollenbuhr-Berlin und Stolten-Hamburg sprechen für einen Antrag Hamburg III - Elbe, der gegen eine Sonderversicherung der Privatangestellten protestiert und eine allgemeine staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung verlangt. Sie weisen darauf hin, daß die Sonderversicherung sowohl die Privatbeamten wie die invalidenversicherten Arbeiter schwer schädigen würde.

Rosenfeld-Berlin: Ich freue mich, daß die Fraktion alle Diplomatiker gegenüber den Blockparteien abgelehnt und rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gewahrt hat. Auch das Ausnahmegesetz gegen die Jugendlichen im Reichsbereinsgesetz hat die Fraktion entschieden bekämpft. Aber jetzt schreibt plötzlich Gen. Seine in den „Soz. Monatsheften“, man brauche die Wirkung dieses Verbots nicht tragisch zu nehmen. Das schlägt dem Verhalten der Fraktion ins Gesicht und ist eine Rechtfertigung des Vorgehens der Blockparteien.

Quaal-Berlin: Wir wollen gern für die Zivilmusiker eintreten, aber die Zivilmusiker sollen dann auch ihre Parteipflichten erfüllen und nicht bei bürgerlichen Festen unter ihrem Tarif spielen.

Damit schließt die Debatte. — In seinem Schlusswort führt der Referent Eichhorn aus, daß die Fraktion gern mehr Anträge zur Verhandlung gebracht hätte, aber die saloppe Arbeit und die unwürdige Durchprüfung aller Vorlagen im Reichstage werden durch die Blockmehrheit erzwungen. Schwerinstage wurden immer seltener abgehalten. Der Block gehe nach Erledigung der Regierungsgeschäfte möglichst rasch nach Hause, um Konfliktsgelegenheiten zu vermeiden. — Ob die Vorwürfe gegen Seine berechtigt seien, wisse er nicht, da er die „Monatshefte“ nicht lese. (Heiterkeit.) Im Reichstage habe Seine jedenfalls beim Reichsbereinsgesetz keinerlei Anlaß zu Ausstellungen gegeben. Um so bedauerlicher wäre es, wenn er hinterher an anderer Stelle, wo scharfe Vertretung unserer Grundzüge vielleicht nicht beliebt sei, sich entgegenkommender und konzilianter ausgedrückt hätte. Aber er wisse das nicht und könne nur bedauern, daß er nicht das Wort ergreifen hätte.

Alle Anträge werden der Fraktion zur Erwägung überwiesen. — Damit schließt die Vormittagsitzung.

2. Verhandlungstag.

(Nachmittagsitzung.)

München, 15. Sept.

Kurz nach 8 Uhr eröffnet Vorsitzender Dorn die Verhandlungen wieder. Ein Begrüßungstelegramm des deutschen sozialdemokratischen Vereins in Kopenhagen ist eingegangen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der

Maifeier.

Referent Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß ich durch meine heutige Rede Ihnen ganz besonderen Beifall finden werde (Heiterkeit), vielleicht durch das, was ich sage, sicher durch das, was ich nicht sage (Heiterkeit), denn über Wesen und Charakter der Maifeier brauchen wir nicht mehr zu sprechen. Darüber bestehen in Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten. Wir müssen nur deshalb wieder über die Maifeier sprechen, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag gegeben hat, mit der Generalkommission über die Vereinbarung der Unterstüßungen eine Einigung zu finden. Die Vereinbarungen, die da nun getroffen worden sind, haben sehr energischen und lebhaften Widerspruch gefunden. Da spricht sich die Diskussion auf die Frage zu: Gibt es einen anderen zweckmäßigen Weg zur Lösung der Frage der Unterstüßung der Opfer der Maifeier. Wir sagen, daß eine andere Lösung der Frage nicht möglich ist. Nun, das ist eine Frage, deren Lösung nicht von unserem guten Willen und unseren Verstandeskräften abhängig ist, sondern von Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinungen von Generalkommission und Parteivorstand liegen. Die radikalste Forderung ist natürlich die, daß die Unterstüßungspflicht überhaupt aufgehoben werden soll. Denn durch die Unterstüßung werde nur der ideale Charakter der Maifeier zerstört.

Ich kann aber nicht einsehen, was die Maifeier gewinnen kann, wenn wir die Kampfesmutigsten und Opferwilligsten jedes Jahr auf dem Felde lassen. Wird wirklich die Begeisterung gestärkt, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt? Wir haben infolge des Beschlusses des Hamburger Gewerkschaftskongresses die Frage noch einmal gründlich geprüft. Aber wir sind zu keinem Resultat gekommen. Nur den Satz, daß die Unterstüßung erst von der 2. Woche an gezahlt wird, haben wir gestrichen, um auch das den örtlichen Instanzen zu überlassen. Danach bitte ich Sie alle Anträge auf erneute Prüfung dieser Vereinbarungen abzulehnen und die getroffenen Vereinbarungen anzunehmen; es sei denn, daß Sie uns neue praktische Vorschläge machen können. Aber wir haben auf dem Wege der Verständigung keine bessere Regelung finden können. In allen Zeiten des Niedergangs haben wir dieselben Kämpfe, dieselben Schwerearbeiten gehabt wie jetzt. Zu allen Zeiten der industriellen Blüte aber ist die Maifeier gewachsen und so wird es auch in Zukunft sein. (Beifall.)

In der Diskussion führt Stubbe-Hamburg aus: Bei der Schaffung der Maifeier hat niemand an Unterstüßungen gedacht. Jetzt werden wir sie aber schwierig los werden. Volal können aber die nötigen Mittel noch weniger aufgebracht werden als zentral. Darum erscheint uns die Einführung eines obligatorischen Beitrages für alle organisierten Parteigenossen und Gewerkschaften zur Maifeierunterstüßung notwendig. Dieser einheitliche Beitrag brauchte nicht einmal groß zu sein. Nur durch ihn aber können wir die Maifeier energisch ausbreiten.

Rosa Luxemburg: Schon in Mannheim haben wir uns von dem dualistischen Verkehr der beiden organisatorischen Spitzen der Arbeiterbewegung wenig versprochen, und die beiden traurigen Proben, die Vereinbarungen über Maifeier und Jugendorganisation haben unsere Befürchtungen übertrumpft. Wir haben uns auf allen Parteitagungen mit der Maifeierfrage beschäftigt, wie das ihrer Wichtigkeit entspricht. Aber erst neuerdings ist die Unterstüßungsfrage in den Vordergrund getreten. Die Unterstüßungsfrage ist die Schlinge, in der die Maifeier erdroffelt werden soll! (Sehr wahr!) Auf diesem Wege gibt es, wie Fischer nachgewiesen hat, keine Lösung, die erlaubt, die Maifeier auszudehnen und zugleich die Opfer zu unterstüßen. Nur die Ausdehnung der Maifeier ist der Weg zur Lösung. Denn eine große Zahl Maifeier macht die Mahregelungen unmöglich. Unsere Schwäche macht den Unternehmern Mut. Wir gehen schweren Kämpfen entgegen. Die Maifeier aber hat in Deutschland erst noch ihre große Zukunft und Bedeutung dafür. Propagieren wir sie darum rücksichtslos und mit aller Entschiedenheit. (Beifall.)

Abler-Riel: Aufgeben können wir die Maifeier unter keinen Umständen. Denn das würde die Unternehmung zu neuen Vorstößen ermutigen, die uns viel mehr kosten würden. Darum müssen wir sie mit aller Kraft durchsetzen. Der Parteivorstand aber ist ratlos: Selbst der Maifeierspezialist Fischer (Heiterkeit) sagt nur: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Darum sieht auch die Abmachung so aus, als ob Parteivorstand und Generalkommission die Maifeier abwürgen wollten. (Zustimmung.) Es kommt schließlich noch so weit, wie Regien uns jüngst in Kiel sagte, daß wir nicht die Gewerkschaften desabaunieren könnten, nachdem diese gesprochen haben. Man sagt ja, die Vereinbarungen sollten die Maifeier fördern. Wir in Schleswig-Holstein sind zu schwerfällig, um das zu begreifen. (Bsp. 10: Wir können doch nicht für Eure Dummheit!) Nun, die Hamburger haben darin auch ein Gemisnis und nicht eine Förderung gesehen, wir sind also nicht die einzigen Dummten. (Heiterkeit.) Die Abmachung läßt sich nicht ernsthaft durchführen, als gewissenhafte Leute können wir ihr also nicht zustimmen. Dann aber muß das Bremsen aufhören und wir müssen eine machtvolle Maifeier bekommen trotz Krise und Unternehmertum. (Lebhafter Beifall.)

Nisch-Magdeburg: Die Bremserlasse des Parteivorstandes haben Verwirrung allüberall im Lande verbreitet. Die Genossen sind überzeugt, daß die Maifeier vernichtet werden soll. Um die Wette bremsen nun seit 18 Jahren der Parteivorstand und die großen Gewerkschaften, vornan der Metallarbeiterverband.

Seger-Leipzig: Die Abmachung kann unmöglich von dem ernststen Willen der Förderung der Maifeier getragen worden sein. Wenn die Gewerkschaften für große von ihnen nicht gewollte Streiks ungeheure Mittel aufwenden müssen, dann kann ich nicht begreifen, warum sie nichts aufwenden wollen für diese Demonstration. (Sehr wahr!)

Engler-Freiburg: Der Parteivorstand, so sagte man, soll ratlos sein. Aber die meisten seiner Gegner waren noch ratloser. Denn die Maifeier muß abgelehnt werden, wenn man sie als eine Unterstüßungsfrage behandelt. Die Maifeier kann nur gesunden, wenn jeder selbst die volle persönliche Verantwortung übernimmt. Wir werden auch in Zukunft ohne Unterstüßung feiern. (Bravo!) und das verbietet keine Vereinbarung. (R. Fischer: Sehr wahr!) Wenn die Genossin Luxemburg gesagt hat, Ausstüßungen kämen nicht vor, sobald alle Arbeiter feierten, so steht das auf der Höhe der anarchistischen Logik: Wenn morgen alle Arbeiter erklären, daß sie nur noch acht Stunden arbeiten, so hätten wir den Achthundentag. (Sehr wahr!) Leider sind wir noch nicht ganz so weit, und darum müssen wir uns einstimmen helfen, indem wir die Unterstüßungsfrage völlig aus der Maifeier ausschalten. (Beifall.)

Beuel-Frankfurt a. M.: Partei- und Gewerkschafts-genossen Frankfurts können es nicht begreifen, warum der Parteivorstand und die Zentralvorstände in der Maifeierfrage ständig bremsen. Wir verlangen eine energische Propagierung der Maifeier, mögen nun die Unterstüßungen durch Extrabeiträge oder aus dem Lohn der am 1. Mai Arbeitenden aufgebracht werden. (Beifall.)

Zubeil-Charlottenburg: Die Maifeier hat unsere Erwartungen nicht erfüllt, weil wir an ihr 18 Jahre lang Pferdeuren gemacht haben. Jetzt erscheint die Maifeier ein verfehltes Unternehmen und wir können nur noch aussprechen: Rückwärts, rückwärts, hinweg mit der Maifeier! (Sehr wahr!) Die Abmachung ist uns ja gänzlich unannehmbar. Besser, wir magen den Schritt und räumen die Maifeier aus der Tagesordnung weg. Eine Wamage für die Partei ist sie heute schon. (R. Fischer ruft: So beantrage doch, sie zu beseitigen!)

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat das dualistische Verhältnis von Partei und Gewerkschaften bedauert. Das glaube ich ihr; sie intriniert eben mehr für Skandal als für Vertrauen. (Unruhe.) Organisationen wie die Gewerkschaften können sich mit dem Parteivorstand natürlich nur auf der Grundlage der Koordination nicht der Subordina-

tion verständigen. Daran halten wir auch heute fest. Wollten wir die Maifeier beseitigen, so könnten wir R. Luxemburg zustimmen. Aber wir haben uns ehrlieh dem Willen der Parteigenossen gefügt und stellen nur das eine fest: daß kein verständiger Gewerkschaftler den Arbeitern zumutet, sich ohne Unterstüßung ausstüßern zu lassen. Nun sagt die Genossin Luxemburg: Wenn alle Arbeiter feiern! Ja, wenn! Wenn der Himmel einfällt, sind alle Späßen tot. (Heiterkeit.) Wir haben eben noch die vielen Indifferenten, Christlichen und Gelben. Wir können den Arbeitern gar nicht zumuten, ohne Unterstüßung zu feiern; denn dazu sind sie ja organisiert. Ich wäre der Genossin Luxemburg sehr dankbar, wenn sie einmal nach Berlin käme und bei unseren Holzarbeitern den Verzicht auf Unterstüßung durchsetzte. (Heiterkeit.) Auch die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahr 1000 Ausstüßerte, bis zu 20 Wochen Arbeitslose, und 70 000 M. hat uns das gekostet. (Hört! hört!) Ueber die Vorgänge der russischen Gewerkschaftsbewegung hat uns Genossin Luxemburg schon früher ganz falsche Darstellungen gegeben, als sie uns erzählte, die russischen Buchdrucker hätten den Achthundentag, was wollten da wir! (Sehr gut!) Eine Genossin von der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bildung der Gen. Luxemburg hat da einfach die Tatsachen verwischt und einen kleinen Augenblinderfolg übertrieben. Heute ist — leider! — die russische Gewerkschaftsbewegung zertrümmert und wir können diese Bewegung, die im revolutionären Sturm emporkam, nicht vergleichen mit der ruhigen und stetigen deutschen Gewerkschaftsbewegung in ihrem langsamen Fortschritt, die nicht anders ist, weil die Verhältnisse nicht anders sind.

Bid-Bremen: Parteigenossen! Sie haben jetzt eine Unerschämtheit gehört. (Unruhe.) Ein Gewerkschaftsführer, der an erster Stelle steht, hat der Genossin Luxemburg den Vorwurf gemacht, daß sie einen Skandal provozieren, nicht eine Verständigung herbeiführen wolle. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die ihr Leben für die Arbeiter in die Schanze geschlagen hat, kaum machen. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Ich fühle nicht die Verpflichtungen in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen. (Große Heiterkeit.) aber ich wollte doch einmal den Ton jener Leute kennzeichnen. (Stürmische Unterbrechungen: Leute?? Genossen!! Zurufe: Unerschämtheit! Gehen Sie doch in die Schule!) Ich nehme den Ausdruck „Leute“ zurück, aber ich versichere zugleich, daß ich vor den Genossen, die ich kennzeichnen wollte, nicht die geringste Achtung als Parteigenossen habe. (Stürmische Unterbrechungen und anhaltende Unruhe. Vors. Dorn: Ich bin genötigt, den Redner zur Ordnung zu rufen, wenn er so fortfährt. — Andauernde Unterbrechungen. Zurufe: Parteischüler! Echte Bildung! Vors. Dorn: Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, damit ist die Sache erledigt.) Ich will nur sagen, daß ich derartige Ausführungen nicht in der Parteischule gelernt habe. (Schallende Heiterkeit.) Ich habe schon, bevor ich in die Parteischule ging, in dieser Art polemisiert. (Ironischer Beifall und Heiterkeit.) Zur Sache legt der Redner dar, daß die Unterstüßung lediglich Sache der Gewerkschaften sei, die Beiträge zu diesem Zwecke erheben.

Simon-Münsterberg: Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission haben in uns allen schmerzliche Gefühle erweckt. Mit dem Rechenstift in der Hand kann die Frage der Maifeier nicht gelöst werden. Erst jetzt fangen die Unternehmer an, die maifeierenden Arbeiter ausstüßern, da deren eigene Führer die Arbeitsruhe nicht mehr wünschen. Es ist ganz verkehrt, immer zu fragen, ob wir auch stark genug sind. Die Welt hat sich geradezu umgedreht. Weil wir stark geworden sind, fühlen wir uns schwach; solange wir schwach waren, machten wir uns stark. Sehen Sie doch nur auf die Arbeit unserer Partei und Gewerkschaftsbewegung! Sind wir wirklich schwach?! (Lebhafter Beifall.)

Libinski-Leipzig: Fischer hat gesagt, daß wir an dem Abkommen von Parteivorstand und Generalkommission nichts ändern könnten. Eine solche Kabinettspolitik ist mit Parteistatut und Parteitradition unvereinbar. (Sehr wahr!) Der Parteivorstand hätte überhaupt diesen Auftrag nie bekommen, wenn die Gewerkschaften uns in Stuttgart nicht überumpelt hätten.

Serwart-Wachen: Ich begrüße die Vereinbarung als ersten Schritt, die Durchführung der Maifeier und die Regelung der Unterstüßungsfrage in geordnete Bahnen zu leiten.

Napsh-Dortmund: Ohne Unterstüßung ist die Maifeier unmöglich. Aber diese Unterstüßung können wir sehr gut aufbringen, wenn die Partei allgemein einen Extrabeitrag für die Maifeier einführt. Die Parteigestellten sollten ihre Einnahmen am 1. Mai ebenfalls an die Parteikasse abliefern. (Zustimmung.)

Ein Schlussantrag wird angenommen. Das Schlusswort erhält

Richard Fischer: Der Gedanke der Maifeier ist noch niemals so geschädigt worden, wie durch die Lebertreibungen, die heute in der Diskussion vom Stapel gelassen wurden. (Sehr wahr!) Was sollen Fernstehende denken von den Auswürfen, mit denen Sie die Parteileitung bedacht haben, dieselbe Leitung, die Sie übermorgen wahrscheinlich einstimmig wieder wählen. (Sehr gut!) So kann nur jemand sprechen, der ganz ohne Verantwortlichkeitsgefühl ist. Ich habe Zubeil um den Eifer der Jugend beneidet. Ich hätte nur gewünscht, daß er auch sein Alter zu Rate gezogen und sich gefragt hätte: Was wird die Welt draußen sagen, wenn ich so daher rede, ich, einer der ältesten Genossen! Wenn gesagt worden ist, daß die Gewerkschaften leiden unter dem Unterstüßungsballast, so sind das Redensarten, die wir uns längst an den Schuhsohlen abgelaufen haben. Gerade durch die Unterstüßung und die hohen Beiträge haben die deutschen Gewerkschaften sich zu der jetzigen Blüte entwickelt und wer vom Ballast redet, hat überhaupt keine Ahnung vom Gewerkschaftswesen. Spinski will ich nur darauf aufmerksam machen, daß eine Vereinbarung niemals einseitig gemacht werden kann. Wir haben den Auftrag, den der Essener Parteitag uns gegeben hat, treu und ehrlieh zu erfüllen gesucht. Aber vielleicht hat der Parteitag dem Parteivorstand einen Auftrag gegeben, von dem er ehrlieh einen Erfolg nicht erwarten konnte. Dann soll man aber jetzt nicht, nachdem wir 20 Jahre lang mit aller Kraft für die Maifeier agitiert haben, nicht sagen, wir wollen die Arbeitsruhe abwürgen. Daß wir schwach geworden sind, ist nur eine Redensart, die tönt, aber es steckt nichts dahinter. Man hat gesagt, die Abmachungen hätten in diesem Jahr die Maifeier ruiniert. Aber die Maifeierbegeisterung läßt sich nicht auf Flaschen ziehen und am 1. Mai loslassen, sondern hängt ab von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und der Stellung der Gegner. Wenn Berlin und Hamburg behaupten, die lokalen Unterstüßungen nicht aufbringen zu können, so glaube ich das einfach nicht. Wenn eine schwache Mitgliedschaft zu Boden geschlagen wird, so helfen wir natürlich.

Man verflüchtigt sich geradezu an der Partei, wenn man sagt, daß die Kaiserin zu Grunde gehen muß, wenn die Unterstü...

Zur Abstimmung gelangt zunächst die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Sie hat folgenden Wortlaut:

Zur Vorbereitung der Kaiserin ist an allen Orten, möglicherweise zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die aus gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitag für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausübung infolge der Kaiserin kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Ausübung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Ausgesperrten aufzubringen hat, wird nach der Mitgliedszahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

5. Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussetzung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

In der Abstimmung wurden Absatz 1, 2 und 5 mit großer Mehrheit angenommen, Absatz 3 mit 191 gegen 122 Stimmen, Absatz 4 wird abgelehnt. Die ganze Vereinbarung (ausgeschlossen Absatz 4) wird gegen die Stimmen des Parteivorstandes und einzelner Genossen angenommen, und mit derselben Mehrheit dem Parteivorstand der Auftrag gegeben, neue Verhandlungen mit der Generalkommission einzuleiten. Mehrere Anträge, die eine noch intensivere Agitation für die Kaiserin wünschten als bisher, werden angenommen. Ebenso ein Antrag Frankfurt, daß wer am 1. Mai arbeitet, einen Tagelohn an die Kaiserin-Kasse abzuliefern hat.

Bismarck-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Es fragt sich nun noch, was inwieweit geschehen soll, bis eine neue Vereinbarung zustande kommt. Lassen wir solange die getroffene Vereinbarung bestehen? (Heiterkeit.)

Fischer-Berlin: Solche Schlussfolgerung ist ganz unmöglich. Es ist keine Vereinbarung zustande gekommen, also gilt auch keine.

Der Parteitag stimmt der Auffassung Fischers zu. Die Weiterverhandlungen werden auf Mittwoch früh vertagt.

Resolution zu: „Sozialpolitik und der neue Kurs“ (Nr. 123)

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Kräftigung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsvereinigungen sind jene Unternehmerorganisationen gekürzt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entzweien, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalte sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitsamtergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angeichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

- Es ist ferner zu fordern:
1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklause, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtsanstalten, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.

M O I F E N B U H R.

Resolution zur Reichsfinanzreform. (Nr. 124).

Die den materiellen Interessen der Besitzenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und kolonialpolitische des deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuerlystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am härtesten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen und andere sogenannte Schutzzölle auf Verbrauchsartikel der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gelunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär-, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuerlystem entlehnte Verbrauchssteuer auf Zigarren und Tabak, sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Veranzuehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Erbschaftsteuer nach dem Umfang des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftsteuerliche Veranzuehung des Erbgesetzes für Ehegatten und Kinder.

Genet.

Deutsche Politik.

Neuer Standalprozess in Sicht?

Ein slawonischer „Student“, Strauß Krugewicz befindet sich in Budapest verschiedener Straftaten halber im Haft. Er steht unter dem Verdacht, in Berlin einen Kaufmann Engel ermordet zu haben. Zum Verhör ist der Berliner Kriminalkommissar Rajse nach Budapest gereist. Wie bürgerliche Blätter sich aus Budapest melden lassen, steht fest, daß der Verhaftete viel in homosexuellen Kreisen verkehrt ist. Besonders aus Deutschland hat er viele Briefe von Aristokraten und Offizieren erhalten. Verschiedene Offiziere in Berlin und Heidelberg bestritten, dem Verhafteten Geld gegeben zu haben. Die Liste der kompromittierenden Offiziere ist in den Händen der Polizei.

Preussisches Eisenbahndesizit.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sollen die Einnahmen der preussisch-bessischen Staatsbahnen eine Einnahmehausfall von 70 Millionen Mark gegenüber dem Voranschlag haben. Vor allem die Tarifreform und die Fahrkartensteuer haben, durch die Abwanderung der Reisenden in die niederen Wagenklassen, diese Mindereinnahmen bewirkt. Die Kritik der Sozialdemokratie gerade an diesen Gesetzesvorlagen traf also doch wieder den Nagel auf den Kopf. Bei der neuen Finanzreform will ja die Regierung deshalb so gern wieder auf die Fahrkartensteuer „verzichten“.

Das neue Vereinsrecht in der Verwaltungspraxis.

Bekanntlich wurde die erste Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau, die unter dem neuen Vereinsgesetz stattfand, polizeilich übermächtig und polizeilich aufgelöst, als der Vorsitzende, Parteisekretär Neufkirch, die Beamten zum Verlassen des Lokals aufforderte. Auf die erhobene Beschwerde hin wurde die Auflösung nicht nur dem Polizeipräsidenten gebilligt, sondern Genosse Neufkirch erhielt auch noch einen Strafbefehl über 60 Mark. Eine Uebertretung des Vereinsgesetzes sollte infoloren vorliegen, als es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt haben sollte. In der Hauptsache begründete die Polizei diese Annahme damit, daß etwa 100 Frauen an der Versammlung teilgenommen hätten. Auf den gegen den Strafbescheid erhobenen Einspruch wurde Neufkirch auf Antrag des Amtsanwalts freigesprochen, da jene Frauen bereits Mitglieder des Vereins waren, doch ist mittlerweile von der Anklagebehörde gegen das von ihr selbst beantragte Urteil Berufung eingelegt worden und steht die erneute Entscheidung noch aus.

Aus Anlaß der Versammlungsauflösung hat Genosse Neufkirch seinerseits ein Verwaltungsstreitverfahren gegen den Polizeipräsidenten eingeleitet und stand nunmehr Termin vor dem Breslauer Bezirks-Ausschuß an. Hier ist dem Kläger zwar geglaubt worden, daß die Frauen dem sozialdemokratischen Verein bereits als Mitglieder beigetreten waren, trotzdem aber wurde auf Abweisung der Klage erkannt. Dabei stellte sich der Bezirksausschuß auf den Standpunkt, die Bestimmungen des alten Statuts über die Aufnahme von Mitgliedern können sich naturgemäß nur auf Männer bezogen haben. Es hätte also erst eine Aenderung der Statuten vorgenommen werden müssen, bevor Frauen als Mitglieder aufgenommen werden konnten. Eine solche Aenderung aber hätte nur von einer Generalversammlung vorgenommen werden können; eine gewöhnliche Mitgliederversammlung hätte nicht das Recht gehabt, die Aufnahme der Frauen zu beschließen. Es sei nicht ohne weiteres anzunehmen, daß nach dem neuen Vereinsgesetz auch Frauen jederzeit das Recht gehabt hätten, dem Verein beizutreten, denn es gebe viele Vereine, die nur Männer aufnehmen, wie es ja auch Vereine gebe, in denen nur Frauen Mitglieder werden könnten. Jedenfalls sei eine vorherige Statutenänderung erforderlich gewesen, mindestens hätte man dem Polizeipräsidenten von der Aufnahme von Frauen Mitteilung machen müssen. Da diesem nicht bekannt gewesen sei, daß die Frauen Mitglieder seien, habe es annehmen müssen, daß es sich um Missethäter handele und schon dadurch rechtfertigte sich die Auflösung. Der Bezirksausschuß sei aber der Ansicht, daß die

Frauen zur Zeit der Versammlung die Mitgliedschaft rechtmäßig noch erworben hätten, und daß demnach die Versammlung einen öffentlichen Charakter gehabt habe. Jetzt wird das Obergericht sich noch mit der Sache zu beschäftigen haben.

Badische Politik.

Eine ungläubliche Verhöhnung

des badischen Eisenbahnministeriums soll das Bild und der Text des Simplicissimus darstellen, weswegen die Beschlagnahme erfolgt ist. Wir können das nicht finden. Seinerzeit wies in einer Zuschrift an den Landtag der Heidelberger Verein zur Hebung der Sittlichkeit auf den „unwürdigen Zustand“ hin, „daß in Heidelberg der Staat Eigentümer der öffentlichen Häuser ist. Denn das eine (der drei Gebäude, die als Bordelle dienen) ist bereits vom Staat erworben und der seitherige Eigentümer hat das Recht, noch bis zu einem gewissen Zeitpunkt das Bordellgewerbe fortzuführen; bei einem andern schwebt das Entignungsverfahren. Nur dem dritten ist die Auflage gemacht, augenblicklich das Bordell zu schließen.“ Die Dazu in der Petitions-Kommission gegebene Regierungserklärung belagt:

Am 18. Februar 1907 gelang es der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, das Haus Lagerbuch Nr. 2000 von dem Privatmann Gg. Sievi durch Kauf zu erwerben; dieser Kauf war angestrebt worden, um auch für diese Geländebegattung (im Gebiet des neuen Personenbahnhofs) einen Musterkauf zu schaffen. Da die beiden anderen unmittelbar benachbarten öffentlichen Häuser ungeeignet weiter betrieben wurden, so konnte das Haus für irgendwelche andere Zwecke nicht benutzt werden; weder eine Weitervermietung, noch eine Veranzuehung als Dienstwohnung oder Bureau konnte in Betracht kommen. Es war ferner nicht abzusehen, bis wann die beiden andern Häuser erworben werden könnten. Das Haus leertehen zu lassen oder niederzuliegen, hätte ebenfalls keinen polizeilich erwünschten Zustand geschaffen. Bei dieser Sachlage schien es der Generaldirektion am geratenssten, sich mit dem Haus überhaupt nicht weiter zu befassen, sondern es dem seitherigen Eigentümer zur unentgeltlichen Benutzung bis 1. Oktober 1908 im Kaufvertrag zu überlassen. Sievi macht nun hieron in der Weise Gebrauch, daß er das Haus wie seither an einen Diensthälter vermietet.

Darin liegt unseres Erachtens die eigentliche Schuld des Sievi. Steht hat auf die Moralgesetze, die die Eisenbahnverwaltung in eine sonderbare Lage brachten, gepiffen und schleunigst aus dem Haus wieder Bargeld gemünzt. Diese heikle Situation hat der Simplicissimus ausgenutzt. Wer will ihm das verdenken? Allerdings haben die beteiligten Ministerien, als sie von diesen Verhältnissen Mitte November 1907 durch eine Eingabe des Heidelberger Sittlichkeitsvereins Kenntnis erhielten, die a sbaldige polizeiliche Schließung der drei Häuser angeordnet. Im allgemeinen erklärte sich die Regierung damals zu einem völligen Verbot der öffentlichen Häuser nicht in der Lage, da der Wegfall der Reglementierung nur der in gesundheitlicher Beziehung noch viel gefährlicheren Straßenprostitution in erheblichem Maße Vorstoß leisten würde.

Nun also, wozu das polizeiliche Verbot, da man doch die Prostitution als eine „gesellschaftliche Einrichtung“ dulden muß? Durch das Verbot hat man erst die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Dinge gelenkt. Noch nie ist der Simplicissimus in Baden so gesucht gewesen, wie in den zwei letzten Tagen. Und dies, obwohl Herr v. Marschall seinen Verkauf auch auf den badischen Bahnhöfen verboten hat.

Wir weisen auch bei diesem Anlaß darauf hin, daß niemand gezwungen werden kann, das in seinem Privatbesitz befindliche Exemplar des konfiszierten Blattes herauszugeben. Nur da, wo solche öffentlich ausliegen — in Wirtschaften, Buchhandlungen usw. — ist die Polizei zur Beschlagnahme berechtigt. In den privaten Wohnräumen, selbst in solchen von Wirten usw., hat die Polizei nichts zu suchen.

Zur Budget-Abstimmung

Aus Aue (bei Durlach)

Schreibt uns ein Parteigenosse: Nachdem die Frage der Budgetbewilligung in der gesamten Parteipresse schon lebhaft diskutiert wurde, wird es wohl auch gepalmt sein, daß der einzelne Arbeiter und Parteigenosse seine Meinung darüber äußert. Dies möchte ich mit folgendem tun: Wenn es sich nach Ansicht der Mehrheit unserer Landtagsfraktion bei der Zustimmung zum Gesamtbudget im badischen Landtag darum gehandelt hat, für die Partei das Beste und Nützlichste zu wollen, so wird dies in tatsächlicher Hinsicht, besonders auf die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen, infoloren seine Wichtigkeit haben, als dadurch die Möglichkeit gegeben ist, das Grobblodabkommen von 1905 zu wiederholen und dadurch eine Herikall-konservative Mehrheit im badischen Landtag eventuell zu verbüßen. Da also dieser Punkt einer der Hauptgründe sein dürfte, der unsere Genossen im badischen Landtag veranlaßt hat, dem Budget zuzustimmen, so dürfte es auch nicht verfehlt sein, die Konsequenz dieser Taktik zu besprechen. Daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, eine hereinbrechende Reaktion möglichst zu verhindern, ist ja selbstverständlich; fraglich ist dabei nur, ob das Mittel, das zur Verhinderung einer schwarzen Mehrheit in Baden angewendet wird, dasjenige ist, das der Sozialdemokratie wirklich auf alle Fälle nützen wird. Es ist dies aber mehr als fraglich, als ja die Verhinderung einer Zentrumsmehrheit im badischen Landtag nur dadurch geschehen kann, daß man sich zu einem Abkommen mit einem anderen Gegner versteht, der in seinem Wesen kein Haar besser ist, als die übrigen Vertreter der kapitalistischen Interessen. Daß wir durch diese Taktik den Einfluß des Zentrums und seine fortschreitende Macht nicht auf die Dauer zu hindern vermögen, ist Tatsache (!), wie es auch Tatsache ist, daß unsere sämtlichen Gegner, wenn sie sich schon zusammengeschlossen haben, um die Sozialdemokratie niederzumerfen oder sie einfach von der Bildfläche verschwinden zu lassen, damit recht wenig Erfolg gehabt haben. Und wie würde sich z. B. die Situation gestalten, wenn durch irgend einen Umstand der Gedanke der Grobblodtaktik vollständig ausgeschaltet würde und die längst gefürchtete Herikall-konservative Mehrheit im badischen Landtag ihren Einzug hielte? Würde etwa die Sozialdemokratie in Baden dabei zugrunde gehen oder in ihrem Willen zur positiven Mitarbeit an

allen, dem allgemeinen Volkswohl entsprechenden Gesetzen behindert sein? Durchaus nicht, denn auch durch eine liberale Mehrheit im badischen Landtag wäre es nicht möglich, die Sozialdemokratie aus demselben vollständig zu verdrängen. Andererseits wären wir in der Lage, den Kampf gegen Volksverdummung und kapitalistische Ausbeutung nach der ganzen Feindesfront viel energischer und vollkommener führen zu können, als dies unter den gegebenen Verhältnissen der Fall ist. Freilich muß gegeben werden, daß unser Einfluß im Parlament von dem Stärkeverhältnis unserer Vertreter abhängt, aber ich meine, daß mit dem Wachsen der Zahl unserer Vertreter in einem Parlament auch die Erziehung des Volkes zum Sozialismus gleichen Schritt halten muß; denn es hätte z. B. keinen Wert, wenn wir einmal kraft der Zahl unserer Vertreter im badischen Landtag in der Lage sein sollten, ein dem Volke ungünstiges Gesetz zu bringen oder der Regierung für eine Gesetzesvorlage einfach die Mittel zu verweigern, wenn nicht die große Masse des Volkes dem Sozialismus zugeführt ist. Mit der weiteren Auffassung unserer Genossen, die dem Budget zugestimmt haben, daß eine Politik des ewigen Regierens der Partei nur schade und daß es keinen Wert habe, im Landtag an Gesetzenwörter praktisch mitzuarbeiten, wenn man nachher die zur Durchführung dieser Gesetze notwendigen Mittel nicht bewilligt, bin auch ich einverstanden, aber nur insoweit, als die Mittel zur Durchführung solcher Gesetze, wie z. B. der Beamtenvorlage in Baden, nicht zum größten Teil aus den Taschen der minderbemittelten Bevölkerung gezogen werden, wie es tatsächlich in Baden durch Beibehaltung der Fleischsteuer und Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Proz. geschehen ist. Wenn dies Gründe sind, die einen Sozialdemokraten zur Ablehnung des Budgets veranlassen können, so bietet sich in Baden noch ein weiterer Grund, nämlich der Fall Schäufele, der ja deutlich gezeigt hat, welche Stellung auch die badische Regierung der Sozialdemokratie gegenüber einnimmt.

Und wenn die badische Regierung es bei der Maßregelung eines einzelnen sozialdem. Staatsarbeiters bewenden läßt, so hat sie es jedenfalls deshalb getan, der Sozialdemokratie nicht noch mehr Agitationsstoff zu bieten und sie dadurch in ihrem Wachstum noch zu fördern. Man wird also unter Berücksichtigung dieser Gründe wohl behaupten dürfen, daß auch diejenigen der Partei nur nützen wollten, die dem Budget in ihrem Landtag nicht zugestimmt haben und auch die, welche die Zustimmung nicht voll und ganz billigen. Eines ist an der ganzen Diskussion, wie sie über diese Frage in der Parteipresse geführt wurde, zu bemerken, und das ist der Ton und besonders der der persönlichen Beleidigung, der einer Partei der Widerlichkeit absolut nicht zum Nutzen sein kann. Wäre also der Parteitag in Nürnberg Sorge tragen, daß die Diskussion dieser Frage sachlich geführt und daß der Parteitag nicht der Schauplatz des persönlichen Kampfes wird.

Albert Wünsch.

Freiburg.

Sonntag Nachmittag fand im Restaurant „Santo“ eine außerordentlich stark besuchte Konferenz des 5. badischen Wahlkreises statt. Genosse Engler referierte über die Budgetbewilligung im Landtag. In seinem ca. einstündigen Vortrag lenzte er auf die Haltung der Fraktion in dieser Frage und wies darauf hin, daß, wenn wir den Wünschen und Forderungen unserer Wähler Rechnung tragen wollen, wir diese nicht auf eine Verbesserung in ferner Zukunft beschränken dürfen, sondern schon heute jede sich bietende Gelegenheit benützen müssen, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Proletariats herbeizuführen. Daß wir dabei das Endziel der sozialistischen Bewegung nicht aus den Augen lassen, und uns nur in den Wegen, die wir zu diesem Ziel beschreiten, von unsern radikalen Genossen unterscheiden, dürfte wohl nicht angezweifelt werden. Durch die im Norden Deutschlands schroffer zutage tretenden Klassengegensätze ist die Laktik der dortigen Genossen natürlich eine ganz andere, als dies bei uns der Fall ist. Sollte in Preußen einmal das gleiche und allgemeine Wahlrecht eingeführt werden, so dürften die dortigen Vertreter der Arbeiterklasse auch nicht auf dem Standpunkt dieser starken Negation beharren können und im Interesse ihrer Wählerklasse gezwungen sein, dem Etat zuzustimmen, wenn dieser Positionen enthält, die bedeutende Verbesserungen für die vom Staate abhängigen Arbeiter und Beamten enthält, ohne dabei eines von ihren Prinzipien preiszugeben. Der Redner kam weiter auf die aus diesem Anlaß hervorgerufene Preßschelte zu sprechen, die besonders von den führenden Blättern der Partei in einer Weise geführt wird, die tief zu bedauern sei. An diese vortrefflichen Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in der sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aussprachen und den norddeutschen Theoretikern empfehlen, mit diesen Theorien einmal zu der Bevölkerung hausehren zu gehen und nachher über die damit erzielten Erfolge zu berichten.

Nachstehende Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige, sehr stark besuchte Parteikonferenz des 5. badischen Wahlkreises erklärt sich mit der erfolgten Bewilligung des Budgets vollständig einverstanden. Die Art, wie ein großer Teil der norddeutschen Genossen insbesondere der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ gegen die wohl erwogenen Ansichten der Verfasser der Budgetbewilligung vorgeht, widerspricht allen Grundsätzen parteigenösslicher Gesinnung und Solidarität.“

Zum Delegierten des 5. badischen Wahlkreises auf den Parteitag wurde Genosse Engler gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kommunalpolitik.

Emmendingen, 15. Sept. Der Aktuhr-Ladenschluß wird vom 1. Okt. ds. J. ab jeweils während des Winterhalbjahres eingeführt. Ausgeschlossen sind die Samstage des Monats Dezember und 14 Tage vor dem Ostersfest.

Schopfheim, 12. Sept. Dem Bericht über die letzte Bürgerauskunftung ist folgendes zur Ergänzung beizufügen: Bei dem Punkt 5 der Tagesordnung: Gehaltsregelung des Realhuldiener Reif wurde gefragt, ob Reif die angeforderten 1200 Mk. selbst verlangt hat oder ob diese Summe vom Gemeinderat festgesetzt ist. Darauf erfolgte die Antwort, daß dies ja zur Sache selbst keine Rolle spiele und der Gemeinderat solches zu regeln habe. Nachträglich erfahren wir, daß R. 1400 Mk. verlangt hat und wäre diese Summe nicht zu hoch, wenn 3 erwachsene Personen nötig sind, den Dienst zu versehen. Unser Vertreter hat dies ja gleich festgestellt und betont, daß in kurzer Zeit jedenfalls auf der Tagesordnung erscheinen wird: Gehalts erhöhun

für Schuldner Reif. Wir waren der Ansicht, daß in unsere Gemeindeverwaltung seit Jahresfrist etwas mehr sozialer Geist eingebracht sei, aber wie es scheint war diese Meinung nur eine vorübergehende Erscheinung. In dieser Sache ist noch folgendes von Interesse: Schuldner Reif ist auch Gemeindegereger, als solcher bezieht er wie jeder andere jährlich 2 Stier Holz und 50 Wollen als Bürgerneben, im Werte von circa 25—28 Mk. Da R. nun Holzreife ist, muß dieser seit seiner Anstellung vor etwa 12 Jahren freiwillig auf das Gehalt verzichtet zugunsten der Stadtverwaltung. Wir sind der Meinung, daß man diesem Manne das Holz hätte fernerzeit wohl belassen können. Freilich damals herrschte der Liberalismus unbeschränkt und von dem konnte man so etwas nicht erwarten. Ob jetzt Reif wohl das Holz freigegeben wird und diese Entziehung des Bürgernebens rechtl. zulässig ist, ist fraglich.

Säckingen, 11. Sept. Bei der gestrigen Gemeinderatsitzung kam auch die durch den raschen Tod des Schuldners Schmidt freigebliebene Stelle zur Erledigung. Nachfolger desselben wurde der seit langen Jahren im Städt. Gaswerk beschäftigte Arbeiter Gustav Schilling. Es hatten sich nicht weniger als 82 Bewerber um diesen Posten gemeldet.

Badische Chronik.

Durlach.

— Die heutige Sprechstunde des Arbeiterssekretariats fällt aus; dieselbe wird am nächsten Samstag abgehalten.

— Gartenbauausstellung. Die im großen Saale der Festhalle veranstaltete Ausstellung mit dem letzten Montag als Schlußtermin machte ihren Veranstaltern, dem Gärtnerverein „Flora“ alle Ehre. Schon die geschmackvolle Anordnung, namentlich der Blumenarrangements, übertrafste angenehme. Dann aber zeigte die Gemütsausstellung, wie vielseitig die Erzeugnisse einer intensiven und sachverständig betriebenen Gemüsegärtnerei sein können und wie diese Durlacher Spezialkultur allerdings durch besonders günstige Verhältnisse (in nächster Nähe Karlsruhes als Hauptabgabegebiet) im Verhältnis zweifellos durchweg rentabler ist, als die landwirtschaftlichen Betriebe, selbst die größten, trotzdem hier nur durchgängig fogen. Landwirtschaftliche Zweigbetriebe in Frage kommen. Es dürfte wohl kaum einer der Aussteller viel mehr als einen Morgen Gartenland sein eigen nennen. Besonders ins Auge fiel ein Nieselnürbis im Gewicht von 88 Pfund. Sehr vielseitig waren auch die ausgestellten Obstsorten, darunter wahre Prachtexemplare. Der Besuch der Ausstellung war, soweit wir wahrnehmen konnten, ein sehr lebhafter, auch von auswärtig.

— Aus dem Gemeinderatsricht vom 8. September. Der Antrag der sozialdemokratischen Bürgerauskunftmitglieder auf Abänderung des § 88 der Satzungen über die Anstellungsverhältnisse der Stadtarbeiter wird vorerst mit Rücksicht auf die erst vor kurzem in Kraft getretenen Bestimmungen abgelehnt. Der § 88 der genannten Satzungen handelt von der Bildung eines Arbeitersausschusses und macht durch seine jetzige Fassung die nicht angestellten Stadtarbeiter, und das ist die übergroße Mehrzahl derselben, hinsichtlich der Wahl und Zusammensetzung dieses Ausschusses völlig rechtslos.

Erlingen.

— Für die Familien der verunglückten Maurer gingen weiter ein:

Von den Tego-Spielern im „Rheinkanal“-Mühlburg (durch Stöße) 4,10 Mk. Summa 206,84 Mk.

Weitere Spenden nimmt entgegen die Sammelstelle G. Leppert, Friedrichstraße 2.

— Baukontrolle. Das bauliche Bauunglück, welches allseitig der genehmigenden Behörde, wie auch der mangelhaften Kontrolle des Baukontrolleurs Schottmüller zugeschrieben wird, gibt aufs neue Veranlassung, der Baukontrolle im allgemeinen etwas näherzutreten. Einem sachmännischen Kontrollleur hätte der den Wauerereinsturz bedingende Umstand, die stete Vibration des Unterbaues, unmöglich entgehen dürfen und er hätte pflichtgemäß für Abstellung desselben sorgen und dadurch den Fehler des Bezirksamts gut machen müssen. Dieses wäre sicher seinem Amte näher gestanden, wie Erkundigungen nach einem Sopha in der Bauhöhe. Ein weiterer Umstand, welcher die Unhaltbarkeit der gegenwärtig geübten Baukontrolle in ein helles Licht stellt, ist die Tatsache, daß der Kontrollleur selbst Unternehmer ist und sowohl submittiert, wie auch Bauten aufführt und dabei sich selbst kontrolliert. Wie diese Kontrolle aussieht, kann man sich nach dem Geschehenen lebhaft vorstellen. Seinen Kollegen selbst ist er keineswegs ein lieber Freund, viel eher ein gefürchteter, mit dem man Freundschaft halten muß, wenn abgesehen davon, daß der Herr Kontrollleur als Mißbewerber bei Bauten den anderen gegenüber einen gewissen Vorprung hat, kann er seinen Kollegen, die mißfallen, gelegentlich in die Suppe spucken.

Die Einrichtung, wie sie jetzt besteht, kann unmöglich eine Kontrolle genannt werden, es ist eher eine Korruption, deren Kosten die Arbeiter mit Leben und Gesundheit bezahlen mußten. Man wird nun auch wohl begreifen, warum wir immer und immer wieder den Ruf nach Arbeiterkontrollleuren erschallen lassen.

— Eine erfreuliche Erscheinung. Großen Jubrand hat das hiesige Lehrerseminar zu verzeichnen, das heute seine Aufnahmeprüfungen abhält. Unter den 141 Kandidaten sind auch viele Abiturienten von Klassen Mittelschulen.

— Selbstmordversuch. Der etwa 30 Jahre alte Schneidergeselle Stürzinger von Flehingen schloß sich in selbstmörderischer Absicht den Leib auf und durchschnitt sich die Pulsadern. Da rasche Hilfe zur Stelle war, ist der Mann noch am Leben. Sein Zustand ist aber bedenklich.

Rastatt.

— Leichenfindung. Auf Hfzheimers Gemarkung wurde eine männliche Leiche gefunden. Näheres fehlt noch.

Freiburg.

— Einkaufsgenossenschaft für städtische Maschinenstoffe. Eine Versammlung von Motorbesitzern aus Freiburg und Umgebung tagte gestern in den Germania-Sälen, um über den Beitritt zu der kürzlich gegründeten Einkaufsgenossenschaft zu beraten. Die Einladungen waren von der Freiburger Handwerkskammer ergangen. Herr Handwerkskammersekretär Gert leitete die Verhandlungen durch eine Ansprache ein, in der er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Interessenten betonte und den Anwesenden den Beitritt empfahl. Die Einkaufsgenossenschaft wurde im Mai ds. J. von einer Versammlung von In-

teressenten gegründet als eine Genossenschaft m. b. H., die es den kleinen Betrieben, die mit Motoren arbeiten und Automobilbesitzern ermöglichen, Benzin und andere krafterzeugende Stoffe zu billigen Preisen bei guter Qualität einzukaufen. Die Geschäftsanteile sind auf 100 Mk. normiert worden, wovon 25 Mk. beim Eintritt bezahlt werden müssen, während der Rest in Raten von 6 Mk. pro Monat entrichtet werden kann.

— Der Herbst zieht ein. Schlimme Tage hatten der armen Bevölkerung. Die wirtschaftliche Krise lastet immer noch schwer mit belemmendem Druck auf dem arbeitenden Volke und begünstigt jede freudige Bewegung. Mit banger Sorge sieht der Arbeiter dem Winter entgegen. Arbeitslosigkeit in noch größerer Maße als bisher haben wir zu erwarten. In Anbetracht dieser wirtschaftlichen Situation erlauben wir alle Gewerkschaftsvorsitzenden, den Stand der verheirateten Arbeitslosen genau festzustellen, damit wir schon in nächster Zeit an die kommunalen Behörden herantreten können, um Mittel und Wege zu finden, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Hfzheim, 15. Sept. Die gestrigen Morgen geländete Leiche wurde als die des Hieders Martin Hieders von Hfzheim rekonstruiert. Offenbar liegt ein Unglücksfall vor.

* Appenweier, 14. Sept. Ueberfall. Letzten Sonntag Abend halb 11 Uhr wurde im Abort des hiesigen Bahnhofs ein Attentat auf die Frau des Restaurateurs Ruffe verübt. Auf die Hilferufe der Frau ergrieff der Attentäter unter Juridilassung seines Hutes und Taschentuches die Flucht.

* Sinsheim, 14. Sept. Im Wingenhaus hier selbst kurgte ein großer Kessel mit heißer Suppe um, wodurch verschiedene Knaben schwer verbrüht wurden. Ein Knabe im Alter von 8 Jahren ist infolge der schweren Verwundung gestorben.

* Schopfheim, 14. Sept. Ein schwerer Unfall ereignete sich unweit Fahrna. Der mit seinem Motorrad auf der Heimfahrt von Schopfheim begriffene Techniker Alfred Ruffsch von Gersbach begegnete einem von Nürnberg kommenden Steinfuhrwerk, welches ohne Licht fuhr und auf die falsche Seite auswich. Das noch in raschem Tempo befindliche Motorrad rannte insolge dessen in das Fuhrwerk hinein und dieses ging dem Fahrer über beide Beine. Trotz der Hilferufe des Schwerverletzten fuhr der Fuhrmann unbekümmert davon, erst an der Halte Station später fanden Vorübergehende den Verunglückten blutüberströmt auf der Straße liegen und veranlaßten seine Ueberführung in das Krankenhaus.

Vom Schwarzwald, 15. Sept. Von Touristen wird uns mitgeteilt: Ein eifriger Bind freicht über die Höhen des Schauinsland und des Feldbergs. Schnee nichts als Schnee so weit das Auge reicht. In den Orten Todtnauberg, Muggenbrunn, Hofsgund und anderen zeigen die Felsen und Gärten das weiße Wintergewand. Halmfrüchte und Obst liegen unter Schnee. Vom Belchen wird das Gleiche gemeldet. Alle Hotels sind bereits entvölkert. Öffentlich wird diese Temperatur nicht anhalten. Das Barometer ist wieder im Steigen begriffen, sodas uns noch eine Reihe sommerlicher Tage besichert sein dürften.

* Bad.-Rheinfelden, 15. Sept. Leichenfindung. Am Nechen des Kraftwerkes wurde die Leiche eines 40—50 Jahre alten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mannes aufgefunden. Dieselbe dürfte schon acht Tage im Wasser gelegen haben.

* Seggen (A. Waldshut), 15. Sept. Schadenfeuer. Hier brannte das Anwesen der Witwe Gerspacher nieder. Der 6000 Mk. betragende Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

* Mannheim, 15. Sept. Ein Strafenraub wurde in der Nacht vom Samstag zum Sonntag an einem ledigen Wädereggellen auf dem Heimwege in der Fabrikstraße zu Ludwigs-hafen ausgeführt. Dem jungen Manne wurde das Portemonnaie mit 25 Mk. Inhalt und die Uhr entziffen. Trotz den Hilferufen des Ueberfallenen gelang es den Dieben, unerkannt zu entkommen; sie wurden jedoch im Laufe des gefrigen Tages ermittelt und festgenommen. Es sind der Spengler Weber und der Schlosser Kocholz von hier.

Schwellingen, 15. Sept. Ein Radfahrnfall hat sich gestern Abend hier ereignet. Etwa um halb 11 Uhr prallten an der Ecke des Gasthauses zum Ritter zwei Radfahrer zusammen. Beide kamen zu Fall und während der eine davonfuhr, konnte der andere, Herr Alvar Nofsch, sich nicht erheben, da er einen Beinbruch erlitten hatte. Ein Mitglied der Sanitätskolonne sorgte für ärztliche Hilfe und Unterbringung des Verunglückten in seine Wohnung.

* Wiesental, 15. Sept. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, wie bereits gestern kurz gemeldet, abends nach Dunkelwerden in der Nähe unseres Ortes, bei welchem Betriebsassistent Ries in Schwellingen sein Leben verlor. Herr Ries befand sich mit seinem Motorrad auf dem Heimwege und stieß auf der Straße von hier nach Schwellingen mit einem ihm entgegenkommenden, nicht beleuchteten Fuhrwerk zusammen. Durch die Wucht des Anpralles wurde Ries von seinem Motorrad geschleudert und so schwer am Kopfe verletzt, daß er nach wenigen Augenblicken verschied. Als Leiter des Fuhrwerks wurde der Sohn eines hiesigen Fuhrunternehmers, der 25 Jahre alte Albert Schmidt, ermittelt. Er war nach dem Zusammenstoß davongefahren, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern. Der Besitzer eines Automobils, der bald nach 8 Uhr von hier nach Schwellingen fuhr, fand Ries tot auf der Landstraße liegen.

* Ofersheim, 15. Sept. Defraudant. Vom Gemeinderat wurde in der gestrigen Abend statthabenden Sitzung die sofortige Dienstentlassung des Ratsschreibers Löhr beschlossen. Dieser Beschluß soll mit Veruntreuungen im Zusammenhang stehen. Untersuchung ist eingeleitet.

Die 2. Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe

tagte gestern im kleinen Saale der Festhalle. Als Vertreter der Regierung ist Regierungsrat Cron erschienen. Zunächst begrüßte Herr Jemann namens der Handwerkskammer Karlsruhe die Delegierten, desgleichen Herr Schmidt als Vertreter der Handwerkskammer Straßburg. Zunächst gab der Vorsitzende Kruse-Berlin folgende Erklärung ab: Es ist mir gestern nach Schluß der Tagung direkt und indirekt der Vorwurf gemacht worden, ich hätte in meinem Referat die Regierung ungerochterweise angegriffen. Ich habe bis jetzt noch keine Tagung mitgemacht, in welcher ein Vertreter des Ministeriums anwesend war, der so regen Anteil an den Bestrebungen des organisierten Handwerks genommen hätte. Da der Vertreter der Regierung gerade anwesend war, habe ich es für meine Pflicht gehalten, zu sagen, wo dem Handwerk der Schuß

drückt. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, so hätten Sie einen Vorstehenden bzw. Referenten wählen sollen, der vor der Regierung nur Büdlinge macht. (Lebhafte Beifall.)

Beim ersten Punkt der Tagesordnung, Abnahme des Geschäftsberichts über das erste Halbjahr, streifte der Vorsitzende kurz die letzte Lohnbewegung in Mannheim. Bekanntlich haben sich damals in der gemeinsamen Versammlung im Saalbau im März d. J., wo ein Tarif für das ganze deutsche Reich geschaffen werden sollte, die freien Gewerkschaften geweigert, zusammen mit der christlichen und Hirsch-Dunker'schen Organisation zu verhandeln. Es war bis jetzt noch nicht da, daß Arbeitnehmer sich in solcher, sie selber schädigenden Weise, befehlen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind wohl zirkulär fünfmal stärker als die andern zusammengenommen. Aber das konnten wir uns trotzdem nicht bieten lassen, denn wir können mit einer Organisation allein nicht verhandeln. Man hat auch später von jener Seite den Fehler eingesehen und später die Weiterführung der Verhandlungen wieder angeboten. Wir waren damit einverstanden, worauf vor dem Einigungsamt des Gemeindegerichts in Berlin im April die Verhandlungen gepflogen wurden, nachdem die freien Gewerkschaften sich im Voraus mit dem Spruch von unparteiischen Schiedsrichtern einverstanden erklärt hatten. Nach erfolgtem Schiedsspruch und Erhöhung des Lohnes für das ganze Reich wurde von den Gehilfen am 16. Mai die Arbeit wieder aufgenommen.

Punkt 2 umfaßte die Festsetzung der Jahresbeiträge und Aufstellung des Haushaltsplanes.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, Abschluß von Kartellverträgen, referierte Hansen-Hamburg. Er führte im wesentlichen folgendes aus: Die Handwerker sind oft heimlich, wenn sie Beiträge zur Organisation zahlen sollen. Die Handwerker müssen lernen, ebenso zu denken, wie die Arbeiter. Der Ruf eines Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch! hat einen geradezu beispiellosen Erfolg gezeitigt. Es sei daran erinnert, daß es die Arbeiter verstanden haben, sich international zu organisieren. Es sind seinerzeit beim Bergarbeiterstreik viele Hunderttausende vom Ausland nach Deutschland gekommen; daselbst traf bei dem Hafenarbeiterstreik zu. Umgekehrt betätigten sich die deutschen Arbeiter in Russland gegenüber fortgesetzt in internationalem Sinne. Die Arbeitgeber müssen ihre Aufmerksamkeit ebenfalls dem Ausland zuwenden. Der „Vorwärts“ hat vor kurzem ausgesprochen, daß im Malergewerbe im nächsten Jahre ein Kampf ausbrechen würde, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Der „Vorwärts“ wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, recht haben. Das gibt zu bedenken. Die Handwerker haben im Gegensatz zu den Arbeitern ihre Zeit nicht begriffen. Die Handwerker sind in der Organisation zurückgeblieben. Hätten die Handwerker schon früher, ebenso wie die Arbeiter, den Organisationsgedanken begriffen, dann stünde es heute besser mit ihnen. Wir Handwerker schimpfen nicht auf die Arbeiter und gönnen ihnen ihre Erfolge, aber die „Regulierungsschraube“ darf nicht eine „Lohnschraube“ werden. Wir werden uns um unser Haus und Herd wehren. Die Handwerker müssen sich, um sich erfolgreich zur Wehr zu setzen, international verbinden. Bereits haben wir die Reichsgrenzen überschritten. Der Arbeitgeberverband ist mit den österreichischen und dänischen Kollegen in Verbindung getreten. Auch mit den Organisationen von Holland, Belgien, Frankreich, England, Schweden und Norwegen und sogar Australien ist eine Verständigung angebahnt. Die rote Internationale erhebt überall das Haupt und ruft: die bürgerliche Gesellschaft muß zerstört werden. Die Handwerker müssen sich aufzumachen, um diese internationale Gefahr in die Schranken zu weisen. Wir werden denselben zeigen, daß wir stärker sind als sie.

Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen:

Der 2. Hauptverbandstag deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe begrüßt auf das freundlichste die Annahme freundschaftlicher Beziehungen zu den Kollegen im Auslande und beauftragt den Hauptvorstand, Kartellverträge mit den ausländischen Organisationen nach eigenem besten Ermessen abzuschließen.

Ueber Reform des Submissionswesens referierte Rosenbaum-Weiden. Er machte eine Reihe Vorschläge, über die eifrig debattiert wurde. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die in Karlsruhe tagende Hauptversammlung des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe erkennt an, daß in den letzten Jahren in vielen unserer Verbandsgebiete eine Besserung im Submissionswesen eingetreten ist. Sie ist jedoch überzeugt, daß eine durchgreifende Besserung nur dann erzielt werden kann, wenn nachstehenden Wünschen Rechnung getragen wird:

1. Zuziehung von Sachverständigen, bei Aufstellung der Kostenanschläge und bei Ausschreibung von Arbeiten;
2. Ernennung von Sachverständigen, welche gemeinschaftlich mit den Bauämtern die eingegangenen Offerten unter Zugrundelegung der Selbstkosten zu prüfen haben;
3. Ausschneiden aller Angebote, die die Selbstkosten nicht decken;
4. Einräumung der Befugnisse an die Sachverständigen, die Arbeiten und Lieferungen während und nach der Ausführung zu kontrollieren;
5. freihändige Vergabe städtischer und staatlicher Arbeiten und Lieferungen an Handwerkerorganisationen und ähnliche gewerbliche Vereinigungen;
6. Vereinbarung von Minimalpreisen mit den Handwerkerorganisationen und Berufsgruppen für die freihändig zur Vergabe gelangenden städtischen und staatlichen Arbeiten und Lieferungen.

Kommelsbacher-Stuttgart begründet alsdann noch einen Antrag des Südd. Maler- und Tischlermeisterverbandes auf Einführung von Arbeitsbüchern mit einer ganzen Reihe von Fragen für alle im Gewerbe beschäftigten Gehilfen. U. a. soll die Frage aufgenommen werden: Ob organisiert und wo? Malermeister E. Dacroy-Karlsruhe wendete sich scharf gegen eine solche Frage. Diese würden sich die Gehilfen unter keinen Umständen gefallen lassen und mit Recht. Er meint sehr richtig, wo die Gehilfen organisiert sind, geht die Meister nichts an. Doch soll die Frage der Einführung von Legitimationspapieren bis zum nächsten Verbandstag geprüft werden. Des weiteren wurde die Frage der Einführung der Streiktafel in die Akkordverträge erörtert und beantragt, die Streiktafel des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe einzuführen, da die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht genügen. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wird angenommen, doch soll von der Klausel des Baugewerbes kein Gebrauch gemacht werden.

Nach Erledigung interner Angelegenheiten wird nach 8 Uhr der Vertretertag geschlossen.

Neues vom Tage.

Schwere Kesselexplosion.

Karlsruhe, 15. Sept. Auf der Grube „Laura“ bei Seelen an der holländischen Grenze hat heute Morgen 8 Uhr eine folgenschwere Kesselexplosion stattgefunden. In der Zentralanlage flog der 5. Kessel mit einem furchtbaren Knall in die Luft. Ein daneben befindlicher Kessel wurde mittam der Feuerung ungefähr hundert Meter weit fortgeschleudert. Eine Gruppe Menschen, die in der Nähe standen, blieb unverletzt. Ein Teil des Kessels flog bis in den 500 Meter entfernt liegenden Garten des Direktors der Gesellschaft. In kurzer Zeit stieg das Wasser in der unteren Sohle mehrere Meter hoch. Die Rettungsmannschaften nahmen sofort die Rettungsversuche vor. Fünf schrecklich verstümmelte Leichen wurden aus den Trümmern hervorgezogen. Von diesen fünf waren drei verheiratet. Außerdem wurden 16 verletzt, darunter sechs schwer. Bei drei Verletzten wird an dem Aufkommen gezweifelt. Zwei von der Nachtschicht keimlehrende Bergleute wurden durch ein herumfliegendes Stück des Kessels schwer verletzt. Auf der Seehe spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Einige Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Mehrere wurde der Kopf völlig abgerissen. Die Arbeit auf der Grube muß vorläufig ruhen, wodurch über

70 Bergleute beschäftigungslos werden.

Berlin, 15. Sept. Eine Familientragödie, bei der ein Vater sein Kind und sich tötete, hat sich heute früh in Lichtenberg zugetragen. In der Friedrichstraße 42 fand man den 29jährigen Gastwirt Albert Bayer erhängt in der dicht an das Lokal stehenden Küche. Sein noch nicht ein Jahr altes Kind, das gleichfalls in der Küche lag, war durch ausströmendes Gas vergiftet worden. Der Grund zur Tat ist in Eifersucht zu suchen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 16. Sept.

Die leiblichen und seelischen Leiden unserer Schulkinder.

Auf Veranlassung der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Monisten-Bundes hielt Herr Redakteur Arthur Schulz gestern Abend im Eintrachtsaal seinen Vortrag. Er führte aus:

Für jeden Sehenden ist es klar, daß unsere heutige Lehrmethode in der Schule für unsere Kinder eine Qual ist. Diese Qual geht soweit, daß Selbstmorde von Schülern nicht ausgeschlossen sind. Es wird zwar gesagt, diese Selbstmorde seien vereinzelte Fälle, was jedoch nicht der Fall ist, denn diese Fälle mehren sich von Jahr zu Jahr. Wolle man die Leiden der Schulkinder verstehen, müsse zuerst das Leben des Kindes vor der Schule beobachtet werden. Das Kind wächst vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr zumeist frei auf und lernt in dieser Zeit hie und da durch seinen eigenen Trieb zur Aufnahme von Eindrücken im Verhältnis viel mehr, wie in der ganzen Schulzeit. Das kommt nur daher, weil den Kindern vor der Schulzeit die Möglichkeit gegeben ist, durch Fragen an die Eltern und durch Spielen mit Gegenständen, die zu unseren modernen Spielwaren in keinem Vergleich stehen, seiner Phantasie freien Spielraum zu lassen. Dieses freie Fragen hören aber mit dem Schulzwang auf. Hier in der Schule muß das Kind stundenlang ruhig sitzen, mit den Händen auf der Bank, oder es muß durch Schreibübungen, die bis zu späterer Zeit verschoben werden könnten, in welcher das Kind aufnahmefähiger wäre, sein eigenes Denken vollständig aufgeben, und eine nur rein mechanische Arbeit verrichten. Das Rechnen, Lesen usw. könne alles auf spätere Zeit verschoben werden. Genau das gleiche Verhältnis besteht bei dem Anschauungsunterricht. Hier hat man in der Schule Tafeln, auf denen alles schön aufgezeichnet ist, jedoch nur für den, der alles von Natur aus schon kennt, für die Kinder aber äußerst schwer verständlich und dadurch auch schwer zu begreifen ist. Ein weiteres Uebel ist, daß die Kinder schon zu früh zu dem rein schematischen Religionsunterricht herangezogen werden. In diesem Religionsunterricht müssen die Kinder sehr viel auswendig lernen, das zum Teil vollständig überflüssig ist, zum Teil von dem Religionslehrer gar nicht genügend aufgeklärt werden darf. Redner führt hier einige Beispiele an, wie selbst in den Seminaren den zukünftigen Lehrern im 19. und 20. Lebensjahr betreffs des Religionsunterrichts noch ein großer Irrtum eingepflanzt wird. Daß ein solcher Unterricht an den Schulen für die Kinder eine leibliche und geistige Qual ist, sei nicht zu bestreiten. Denn dies wäre für jeden Laien schon daran zu erkennen, daß Kinder, die bis zum Schulbeginn körperlich gesund und geistig sehr aufgeweckt waren, von da an in jeder Beziehung nachlassen. Es müsse dahin gestrebt werden, wenn man diese Qual für die Schulkinder aus der Welt schaffen will, daß mindestens in den ersten Jahren der Anschauungsunterricht im freien, also auf Spaziergängen erteilt würde, wo den Kindern die Gelegenheit geboten ist, durch Fragen an den Lehrer ihr Wissen zu bereichern. Denn zuerst müsse das Kind einen Begriff von den Gegenständen und der Natur haben, ehe man im Lehrplan weiter schreiten könnte. Kurz gesagt, zuerst die Anschauung in der Natur und dann erst Weiterbildung durch Schreibübungen. Schreiben, Rechnen und Lesen müsse alles auf eine etwas spätere Zeit verschoben werden. Vor allem sei darauf zu streben, zum mindesten den Religionsunterricht in den ersten Schuljahren aus der Schule zu bannen. Der Religionsunterricht gehört ganz aus der Schule getrennt, derselbe hat mit dem eigentlichen Schulunterricht nichts zu tun. Der Berichterstatter.) Ganz gleich würden die Verhältnisse in den höheren Lehranstalten liegen. Hier schilderte Herr Schulz das unpraktische in der Lehrmethode an den höheren Schulen, und führte u. a. als Beispiel die Fehler an, welche beim Lehren der fremden und alten Sprachen gemacht werden. Zusammengefaßt müsse gesagt werden, daß in der ganzen Schulzeit, so wie im Staate auch in der Schule ein gewisser Polizeigeist herrsche. Wolle man freie Menschen erziehen, dann müsse das ganze Schulwesen eine große Umänderung erfahren und ein viel freieres werden, zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes. Um dies zu erreichen, bedürfte es aber noch viel Arbeit und des Zusammenwirkens aller jener, welche erkannt und eingesehen haben, daß es in Bezug auf die Schule auf die Dauer nicht mehr so wie bis jetzt weitergehen kann. Die Anwesenden, deren Zahl zu diesem Vortrage hätte größer sein dürfen, zollten dem Referenten für seine guten Ausführungen reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Professor Reichemberger und Dr. Ott. Dieselben gaben zu, daß das Schulwesen in Bezug auf die Lehrmethode eine Besserung vertragen könnte. Die Vorschläge des Herrn Referenten in Bezug auf den Anschauungsunterricht im Freien, seien jedoch unbrauchbar. Was den Polizeigeist in der Schule anbetreffe, so sei derselbe durch die Staatsstrafen bedingt, welche immer ihren Einfluß auf die Schule ausübe.

Im Schlußwort betonte Herr Schulz, daß nicht der Staat auf die Schule einwirke, sondern umgekehrt die Schule resp. die Erziehung der Menschen wirke auf den Staat ein.

Hintheim.

Das Kirchweihfest, in der früheren Zeit wohl berechtigt, in der heutigen Zeit, wo ein Fest das andere treibt, als überlebt anzusehen, fand Sonntag und Montag hier statt. Bei Karussell, Schießbuden, Tanzbergen hatte das zahlreich herbeigeströmte Publikum Gelegenheit, sich zu amüsieren. In den Wirtschaften herrschte reges Leben, Küche und Keller hatten vollauf zu tun, um die Gäste mit Speise und Trank zu versehen. Das Fehlen einer Bahnverbindung mit dem Stadtkern wird bei solchen Anlässen doppelt schmerzhaft empfunden.

* Aus dem Fenster gestürzt. Montag Nachmittag halb 3 Uhr stürzte ein 11jähriges Mädchen aus dem Fenster des 4. Stockwerkes seiner elterlichen Wohnung in den Hof hinab. Es hatte sich zu weit hinausgelehnt und das Gleichgewicht verloren. Das Kind, das nach dem Sturz bei vollem Bewußtsein war, hat sich nach Aussage des herbeigerufenen Arztes nur eine leichte Gehirnerschütterung zugezogen, von der es sich nach einiger Zeit wieder erholt haben dürfte.

* Die Direktion des „Friedrichshofes“ hat für die kommenden Monate eine erstklassige ungarische Magnatkapelle verpflichtet. Dieser Kapelle geht ein guter musikalischer Ruf voraus.

Lezte Post.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Telephonischer Spezialdienst.)

St. Nürnberg, 16. Sept., vormittags 1/10 Uhr. Gestern fand eine besondere Sitzung der süddeutschen Delegierten mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission wegen der von den beiden letzteren Körperschaften eingebrachten Resolution in der Budgetfrage statt. Trotz dreistündiger Verhandlung konnte man sich nicht einigen, da der Parteivorstand an seiner Resolution festhält, während die Süddeutschen sie für unannehmbar erklärten. Vebel hat nun heute Vormittag im Plenum des Parteitages mit seinem Referat über die Budgetfrage begonnen und ihm werden dann Timm-München und Dr. Frank-Mannheim als Korreferenten folgen.

Großer Sieg in Ludwigshafen.

Bei der gestern stattgefundenen Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Franz Josef Erhart wurde Genosse Jakob Binder mit großer Mehrheit gewählt.

Das Stimmverhältnis ist dieses:

Binder (Soz.) . . . 19 353 Stimmen,
Buhl (nat.-lib.) . . . 12 149 Stimmen.

Bei der Wahl von 1907 erhielten:

Sozialdemokraten . . . 18 539 Stimmen,
Nationalliberale . . . 18 708 Stimmen,
Zentrum . . . 8 169 Stimmen.

Somit hat die Sozialdemokratie um

800 Stimmen zugenommen.

Unter diesen Umständen darf man den Parteigenossen des 1. pfälzischen Wahlkreises zu dem errungenen Siege herzlich gratulieren.

Das Zentrum hatte Wahlenthaltung beschlossen und, wie die Wahlziffern zeigen, auch ziemlich durchgeführt.

Die Berliner Luftschiffahrtssuche.

Berlin, 16. Sept. Der Parseval-Ballon hat seine Dauerfahrt glücklich beendet. Er hatte gestern Morgen kurz nach 8 Uhr unter Führung des Hauptmanns Köhler vom Tegeler Schießplatz aus seine große Fahrt angetreten. Um 10 Uhr erreichte der Luftreiser Potsdam und um 4 Uhr frenzte er über Burg bei Magdeburg. Gegen 6 Uhr war er wieder über Potsdam, wo er über dem Marmor-Palais erschien. Gegen 7 Uhr erfolgte dann die Landung. Der Ballon hat sich somit 11 1/2 Stunden in der Luft gehalten. Bei der Landung des Ballons empfing Major von Parseval auch ein Glückwunschtelegramm des Kaisers, in dem der Kaiser die Bitte ausspricht, ihm sowohl den Parseval wie den Militärballon heute um 10 Uhr in Döberitz vorzuführen. Diesem Wunsch des Kaisers wird heute entsprochen werden. Der Parseval-Ballon hielt sich stellenweise in einer Höhe von 250 bis 300 Meter, erreichte jedoch auch 600 Meter.

Fürst Culenburg

wird, wie verlautet, nur bis 1. Oktober ds. Js. in dem ihm während der Dauer der Untersuchung angebotenen Raum in der Charite verbleiben, da dieser infolge der Vermehrung des Schwester-Personals dringend gebraucht wird. Die Verwaltung der Charite hat dies der Justizbehörde vorgelegt mit dem Bemerkten, daß sie auch keinen anderen geeigneten Unterkunftsraum für den Fürsten zur Verfügung stellen könne. In welcher Weise nunmehr für die Unterbringung des Fürsten Vorkehrungen getroffen wird, unterliegt noch der Erwägung der betreffenden Instanzen.

Briefkasten der Redaktion.

Rastatt. Wenn Sie in Ihrem Alter ins Ausland gehen wollen, müssen Sie sich vom zuständigen Bezirkskommando beurlauben lassen. Alles Nähere wird Ihnen dann da gesagt werden.

Schaffhausen. Wiehals ist chemisch verändert, also als Kochsalz unbrauchbar gemacht.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Bildungsausschuß) Montag, 21. Sept., morgens Besichtigung der „Volksfreund“-Druckerei im Betrieb. Treffpunkt halb 10 Uhr an der Elektrischen Haltestelle. Wir ersehen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, pünktlich zu erscheinen. Der Bildungsausschuß.

Wasserstand des Rheins.

Mittwoch den 16. Sept.

Schuttertinsel 8.00, gef. 7 cm, Reßl 8.41, gef. 18 cm
Magau 5.47, gef. 6 cm, Mannheim 5.03, gef. 11.

Die aus meinem Räumungsverkauf wegen Geschäftsübernahme

4219

Donnerstag
Freitag
Samstag

angesammelten

Restbestände

in allen Abteilungen unseres
Hauses verkaufe mit

10% Extra-Rabatt.

Schluss d. Ausverkaufs: Samstag

S. Model.

Gesangverein „Badenia“.

Zu der am Samstag, den 19. September, abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal stattfindenden Familien-Abend

haben wir die verehrlichen Mitglieder mit ihren werten Familienangehörigen mit dem Bemerken höflichst ein, daß das Einbürgerungsrecht vollständig aufgehoben ist.
Der Vorstand.

Geschäftsschluß

in den Friseurgeschäften wochentags 1/2 9 Uhr, ausgenommen Samstags.

Die Obstkellerei

Wilhelmstrasse 72

ist zur gest. Benützung aufgestellt. Auf Verlangen kann dieselbe auch mit in das Haus gefahren werden, was ergebens angeigt

J. Grunwald.

Zwetschgen! Zwetschgen!

8 Pfund 25 Pfg. —, Pfund 75 Pfg. bei Mehrabnahme billiger empfiehl
Bierhalters neue Obsthalle,
22 Adlerstraße 22.

Frisch eingetroffen!

Ein direkter Waggon

Tafeläpfel

Pfund 10 Pfg.

Ein Waggon italienische

Tafel-Trauben

das 10 K-Ristchen 1.40

Unser zwölfter direkter Waggon
feinste französische

Tafel-Trauben

(nicht zu verwechseln mit den italienischen Trauben, die wohl süßer, aber wenig aromatischer schmecken)

Pfund 20 Pfg.

Pfannkuch & Cie.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Extra billiges Angebot.

Nur solange Vorrat!

Nur einmalige Einkaufsgelegenheit.

Schuhwaren

Damen-Schnürstiefel 6⁹⁵
echt Chevreaux, alle Formen, mit und ohne Lackkappen.

Kinderstiefel Schulstiefel sehr stark
31/35 3.85 27/30 3.60 25/26 2.95
Boxcalfstiefel schöne breite Form
31/35 5.30 27/30 4.95 25/26 3.95

Herren-Schnürstiefel 7⁹⁵
echt Chevreaux schöne Form

Damen-Schnürstiefel 5⁹⁵
Boxcalf, schöne Form.

Sämtliche hier angeführten Qualitäten sind garantiert gut und nur durch grosse Gelegenheitskäufe zu derart enorm billigen Preisen zu verkaufen.

Herren-Agraffenstiefel 8⁷⁵
echt Boxcalf in allen Formen

Damen-Schnürstiefel 4⁹⁵
Rindbox, schöne Form, sehr haltbar.

Ein Posten hohelegante Damenstiefel 11⁹⁵
Boxcalf und Chevreaux, echt Goodyear-Welt, regulär bis 17.50 Mk., jetzt

Herren-Zug- und Agraffenstiefel 4⁹⁵
starkes Wicksleder, guter Werktag-Stiefel

Damen-Spangenschuhe 2³⁵
Leder.

Ein Posten hohelegante Herrenstiefel 13⁷⁵
Boxcalf und Chevreaux, echt Goodyear-Welt, regulär bis 19 Mk., jetzt

Damen-2-Spangenschuhe 3⁹⁵
elegante Form für Strasse und Haus

Verlangen Sie Rabattmarken.

Geschw. Knopf

Grosse Auswahl in Winterschuhen.

Gute billige und vornehme Schuh-Waren

in grosser Auswahl kauft man am vorteilhaftesten im

Schuhwarenhaus Jda David Ww. Kronenstr. 35 neben Gebr. Hensel.

Alona Fahrräder
u. Zusätze enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. C. 3299

Arbeiter
kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterleibern u. am vorteilhaftesten bei
S. Feininger, Freiburg, Unterlinden 5, Grabs Weinstube gegenüber. Mitglied des Rabattparvereins.

Colosseum

Freiburg
beim Martinstor (Trambaltestelle).
Vom Mittwoch, 16. bis inkl. 30. September:
Eröffnungs-Programm!
The 4 orig. Rindbergens, die berühmten Zauberkünstler mit in Freiburg noch nie gesehenen Experimenten. Das geheime Chambre separé? Eine Wille-Trio, amerikan. Steulen-Jongleur, vollständig neu für Freiburg. The Bandos phänomenaler Akrobaten-Alt, erstmals in Freiburg. Fr. Käthchen Koffet in ihrem Original-Repertoire. Billbogge Bull als Mimiker, das neueste in Freiburg. Mit Camarosa, gymnastische Tänzerin. W. Zumann, der eleganteste und vornehmste Dressur-Art mit seinen Pracht-Tigerbögen Das Allerneueste: „Eine Szene auf der Alm“, Schuhplattler-Tanz, ausgeführt von den kleinst. dress. Gunden der Welt. The Chronos, ton. Musikal-Alt. Otto Bayer, Humorist. Kinematograph in höchster Vollendung.
Kassa 7/8, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Zigarrenhaus Kämpfe, Kaiserstr. 89. 4217

Frisch vom Seeplatz eintreffend echte Holländer Schellfische mittelgroß Pfund 28
Backschellfische Pfund 20
empfehlen 4206

Pfannkuch & Co. G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Zwei Bettstellen, hochhüftig, mit Rosten, Matratzen und Polster für 140 Mk. zu verkaufen.
Jos. Kirmann, 4083 Serrenstr. 40.

Unser grosser Saison-Räumungs-Verkauf

begann **Samstag, d. 12. d. Mts.** und dauert nur noch bis **Samstag, d. 19. d. Mts.**

In der Abteilung

Knaben-Bekleidung

10% Rabatt

Zum Schulbeginn günstigste Kaufgelegenheit.

Spiegel & Wels.

4178

Um für die bereits schon eingetroffenen
Herbst- und Winterwaren
Platz zu schaffen, gewähren wir auf den gesamten Bestand unseres Lagers in
Knaben-Anzügen, Paletots und Pyjackets
einen Rabatt von
10% in bar oder doppelte Spar-Marken. **10%**



Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Am **Sonntag, den 20. September, nachmittags 4 Uhr**, findet im Saale der 3 Linden in Mühlburg unser

Rekruten-Abschied

unter gefl. Mitwirkung des Gesangverein **Bruderbund** sowie mit **turn. Aufführungen, Glückshafen und Tanz** statt, wozu wir unsere werthen Mitglieder nebst Familienangehörigen, Freunde und Gönner des Vereins hiermit freundl. einladen.

Der Turnrat.

Arbeiter-Gesangverein Freiheit Beiertheim.

Hiermit machen wir unsere Mitglieder und Freunde darauf aufmerksam, daß unser Verein im Lokal „**Im weißen Rind**“ vom **16.-27. September** zugunsten der Fahnenkasse ein

Zimmerschiessen

abhält. Das Schießreglement ist im Lokal angeschlagen. Die Preise fürs Preisstücken sind bei Mitglied Risch, Friejeur, Marie Alexandrastrasse, ausgestellt. Zahlreichem Besuch steht entgegen

Der Vorstand.

Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezialmarke
Hummel-Rasiermesser
In allen Breiten vorrätig!
Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäss geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Karl Hummel, Werderstr. 13.

Mostäpfel

treffen Ende dieses Monats einige Waggons ein und werden à 4.50 Mk. per Zentner am Bahnhof Mühlburg abgegeben. Bestellungen nehmen entgegen:

Faver Marzluff, zur „**Werkendhalle**“
Telefon 2320, Rheinstr. 30.
Otto Leibhammer, Kaufmann,
Telefon 1713, Ecke Rhein- u. Hardtstr.

Putz

Wir bringen in dieser Saison äusserst chic garnierte Hüte in nur modernsten Farben und Formen für jeden Geschmack in jeder Preislage. 4200

Konfektion

Diese Abteilung haben wir bedeutend vergrössert und unterhalten eine grosse Auswahl eleganter Piècen in modernster Geschmacksrichtung zu allen Preisen.

Wir bitten um gefl. Besichtigung unserer Schaufenster!

Herm. Schmoller & Cie.

Telefon 2042 **Apollo-Theater** Marienstr. 16
Direktion: Braunschweiger. 4203
Großes Weltstadt-Programm
vom 16. bis 30. September 1908
Oly Dibiera, Soubrette, Bethy Harrow, Tanz-Soubrette.
Robert Meißner, aktuell moderner Humorist.
Les Jénarés, das Wunder weiblicher Kraft.
Die 4 süßen Mädel, Damenquartett.
Charles Cherber, amerikanischer Universal-Künstler vom Deutschen Theater in München.
Baumer und Sohn, urkomisches Kontrast-Duo, der kleinste und jüngste Humorist der Welt.
Les 5 Serellis, Damen-Gesangs- und Tanz-Ensemble „Im Babenheim“.
The Jaras Oischauski, komischer Drahtseil-Akt.
Apollo-Viostop, Serie neuer Bilder.
Anfang der Vorstellungen an Wochentagen 8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 11 bis 1 Uhr: Künstler-Matiné. Nachmittags 4 Uhr: Familien-Vorstellung, abends 8 Uhr: Große Gala-Vorstellung.

Telefon 1938. **COLOSSEUM** Telefon 1938.
Direktion: J. Raimond.
Programm vom 16. bis 30. September 1908.
Agnes Kromeser, Combination Jonglier-Neuheit.
Max Thierbach, aktueller Humorist.
Syberg's gymnastischer Akt.
Arthur Illing, Komiker.
Kurzes Gastspiel des hier so beliebten Soubretten-Darsteller **Man-De-Wirth**.
6 Dornfels, Damen-Gesang- und Tanz-Ensemble.
A. Büttner's Burleske Ensemble, in jeder Vorstellung zwei Burlesken. Ständiger Repertoire-Wechsel.
Karl Littmann, sächsischer Charakter-Komiker. 4204
Der Kinematograph.
Kassaeröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.

Grosse Darmstädter Ausstellungs-Lotterie
Ein wirklich gewinnreicher und origineller Plan.
Los 1 Mark
(Porto und Liste 25 Pfg.)
Zu haben in allen Lotteriegeschäften sowie bei dem General-Unternehmer
Oscar Petrenz, Darmstadt.
Ziehung bestimmt am 7. u. 8. Oktober in Darmstadt!
Carl Götz, Lotteriebanc, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15;
Gebr. Gühringer, Lotteriebanc, G. m. b. H., Karlsruhe, Kaiserstrasse 56; **Ludwig Michel, Karlsruhe.** 4057

2499 Gewinne zusammen für	60000
1 Hauptgewinn Bargeld ohne Abzug	15000
2000 Gewinne l. w. v.	10000
	5000

U. S. W.

Knorr-Sos würzt famos

Niederer Preis u. hohe Würze' Kraft sind ihre hervorsteckenden Eigenschaften.
Hergestellt durch die Fabriken von 4186
Knorr's Hasfermehl und Knorr's Sahn-Maccaroni.